



SPD

**ANTRÄGE ZUM
2. PARTEIKONVENT 2016**

*AM 19. SEPTEMBER 2016
IM CONGRESSPARK WOLFSBURG
IN WOLFSBURG*

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender: Olaf Scholz

Stimmberechtigte Mitglieder

Katarina Barley
Petra Crone
Elke Ferner
Hubertus Heil
Martin Schulz
Ute Vogt
Dietmar Woidke

Beratendes Mitglied Sascha Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Mathias Stein
LV Mecklenburg-Vorpommern	Sonja Steffen
LO Hamburg	Nils Weiland
LO Bremen	Falk-Constantin Wagner
BZ Nord-Niedersachsen	Gunnar Wegener
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Sylvia Binkenstein
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Sabine Tischendorf
LV Berlin	Jutta Koch-Unterseher
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Dorothea Marx
LV Sachsen	Susann Rührich
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Julia Troubal
LV Baden-Württemberg	René Repasi
LV Bayern	Philipp Dees

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen. Die Antragskommission hat am 5. September 2016 beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß § 28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Freihandelsabkommen (F)	F1-F50	Seiten 4 - 100
Weitere Anträge (W)	W1-W15	Seiten 101 -122

Der Antragschluss für den Parteikonvent in Wolfsburg am 19. September war satzungsgemäß am 14. August 2016.

Freihandelsabkommen (F)

IA/ Antrag 1

Parteivorstand

Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln

I. Unser Ziel – Fortschritte für Wohlstand und gerechten Handel

5 Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die berechnete Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine andere, gerechtere Welt ist möglich.

30 Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür unverzichtbar.

35 In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu veran-

Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln

Annahme in der Fassung der Antragskommission

I. Unser Ziel – Fortschritte für Wohlstand und gerechten Handel

Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die berechnete Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine andere, gerechtere Welt ist möglich.

Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür unverzichtbar.

In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu veran-

- 40 kern. Das gilt nach der Entscheidung über den BREXIT umso mehr.
- 45 Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale Interessen bedacht sind.
- 50
- 55 Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden. Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art Handelsabkommen durchsetzen – z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) – umso größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und faire Handelsbeziehungen einzugehen.
- 60
- 65
- 70
- 75
- 80
- 85 Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heu-
- kern. Das gilt nach der Entscheidung über den BREXIT umso mehr.
- Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale Interessen bedacht sind.
- Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden. Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art Handelsabkommen durchsetzen – z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) – umso größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und faire Handelsbeziehungen einzugehen.
- Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heu-

90 te muss in der Tat frei und fair zugleich sein. Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind. Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

95
100 Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen, wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

110 Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt.

115 In unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 hat diese Kriterien ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen messen werden. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen Handel – aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

II. Transparenz und weiterer Dialog sind unerlässlich

130 Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch

te muss in der Tat frei und fair zugleich sein. Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind. Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen, wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt.

In unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 hat diese Kriterien ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen messen werden. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen Handel – aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

II. Transparenz und weiterer Dialog sind unerlässlich

Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch

140 zahlreiche Anträge zu den SPD-Konventen und Bundesparteitag zu Ausdruck gebracht. Wir haben diese Diskussionen in Beschlüssen zusammengefasst, die uns klare inhaltliche Maßgaben an die Hand geben.

145 Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Uns geht es nicht um plakative Parolen und vorschnelle Schlussfolgerungen, sondern um eine ernsthafte, wert- und faktenbasierte Auseinandersetzung und Abwägung. Dies schließt sachliche Kritik ausdrücklich mit ein. Wir wissen um die teils noch immer bestehenden Kritikpunkte von Teilen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften und nehmen diese sehr ernst.

155 Die neue progressive kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Trudeau ist sehr interessiert daran, ein fortschrittliches Handelsabkommen zu schaffen.

160 Die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der kanadischen Regierung sind zwar abgeschlossen. Für die politische Beratung und Beschlussfassung über das CETA-Abkommen gilt dies allerdings ausdrücklich nicht. Die Beschlussfassung im Rat und die Ratifizierung im Europäischen Parlament und anschließend den nationalen Parlamenten stehen erst noch bevor. Wir werden dabei sicherstellen, dass es ausreichend Zeit und Raum für einen fortgesetzten, offenen und kritischen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft geben wird.

175 **III. Das CETA-Abkommen: Eine erste Bewertung**

180 Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada ist ein wichtiger Freund und Verbündeter auf dem nordamerikanischen Kontinent, der europäischen und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis abgeschlossen gegenübersteht. Die bilateralen

- 185 Beziehungen wurden schon in den 1950er-
Jahren aufgenommen. Deutschland und Ka-
nada verbindet eine aktive Mitarbeit in inter-
nationalen Gremien, vor allem in Fragen der
Sicherheit und Abrüstung, der Menschen-
rechte, bei humanitären Aktionen und bei
190 friedenserhaltenden Maßnahmen. Auch die
EU und Kanada arbeiten bei globalen Heraus-
forderungen, z.B. in den Bereichen Umwelt,
Klimawandel, Energiesicherheit und regiona-
le Stabilität, eng zusammen.
- 195 Das 1976 zwischen der EU und Kanada ge-
schlossene Rahmenabkommen über han-
delspolitische und wirtschaftliche Zusam-
menarbeit war das erste formelle Abkommen
200 dieser Art, das die EU mit einem Industrieland
unterzeichnet hat. Die Beziehungen wurden
seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige
Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen.
Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkom-
205 men EU – Kanada und wir sind mit Kanada
insgesamt (bilateral und multilateral) in 110
Abkommen verbunden.
- 210 Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen
wir ausdrücklich, dass der sozialdemokrati-
sche Vorsitzende im Handelsausschuss des
Europäischen Parlamentes, Bernd Lange, eine
Synopsis vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag
anhand der in den SPD-Beschlüssen formu-
215 lierten Kriterien ausführlich analysiert.
- 220 Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick
auf die Bedingungen des SPD-Konvents-
Beschlusses vom 20. September 2014 und des
gleichlautenden Beschlusses des SPD-
Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu
folgender Bewertung bei den zentralen Punk-
ten des Abkommens:
- 225 • **Einstufung als gemischtes Abkommen:**
Wir haben immer die Auffassung vertre-
ten, dass es sich bei CETA um ein ge-
mishtes Abkommen handelt. Daher be-
grüßen wir nachdrücklich, dass die EU-
230 Kommission vor allem auf sozialdemo-
kratischen Druck hin mittlerweile CETA
- Beziehungen wurden schon in den 1950er-
Jahren aufgenommen. Deutschland und Ka-
nada verbindet eine aktive Mitarbeit in inter-
nationalen Gremien, vor allem in Fragen der
Sicherheit und Abrüstung, der Menschenre-
chte, bei humanitären Aktionen und bei fried-
enserhaltenden Maßnahmen. Auch die EU und
Kanada arbeiten bei globalen Herausforde-
rungen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Klima-
wandel, Energiesicherheit und regionale Sta-
bilität, eng zusammen.
- Das 1976 zwischen der EU und Kanada ge-
schlossene Rahmenabkommen über handels-
politische und wirtschaftliche Zusammenar-
beit war das erste formelle Abkommen dieser
Art, das die EU mit einem Industrieland un-
terzeichnet hat. Die Beziehungen wurden
seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige
Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen.
Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkom-
men EU – Kanada und wir sind mit Kanada
insgesamt (bilateral und multilateral) in 110
Abkommen verbunden.
- Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen
wir ausdrücklich, dass der sozialdemokrati-
sche Vorsitzende im Handelsausschuss des
Europäischen Parlamentes, Bernd Lange, eine
Synopsis vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag
anhand der in den SPD-Beschlüssen formu-
lierten Kriterien ausführlich analysiert.
- Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick
auf die Bedingungen des SPD-Konvents-
Beschlusses vom 20. September 2014 und des
gleichlautenden Beschlusses des SPD-
Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu
folgender Bewertung bei den zentralen Punk-
ten des Abkommens:
- **Einstufung als gemischtes Abkommen:**
Wir haben immer die Auffassung vertre-
ten, dass es sich bei CETA um ein ge-
mishtes Abkommen handelt. Daher be-
grüßen wir nachdrücklich, dass die EU-
Kommission vor allem auf sozialdemokra-
tischen Druck hin mittlerweile CETA als

235 als gemischtes Abkommen eingestuft
 240 hat. Damit ist klar, dass sowohl das Euro-
 päische Parlament als auch die nationa-
 len Parlamente, in Deutschland der Bun-
 destag und der Bundesrat, das Abkom-
 men beraten und ratifizieren müssen. Das
 heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein
 nationales Parlament CETA ablehnt, kann
 es nicht in Kraft treten.

• **Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs:** Beim Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals grundlegend zu verändern und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den globalen Handel stehen sollte – ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. Im weiteren Prozess sollten unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden. Zudem soll die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem Streitlichtungsmechanismus herausgenommen werden.

gemischtes Abkommen eingestuft hat. Damit ist klar, dass sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente, in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, das Abkommen beraten und ratifizieren müssen. Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein nationales Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

• **Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs:** Beim Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals grundlegend zu verändern und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den globalen Handel stehen sollte – ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. Im weiteren Prozess sollten unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden. Zudem soll die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem Streitlichtungsmechanismus herausgenommen werden.

- 280 • **Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards:** Der neue Ansatz eines Investitionsgerichtshofs sieht u.a. transparentere Verfahren, verbesserte Standards bei der Auswahl der Richter, klarere
- 285 Definitionen von Rechtsbegriffen und eine Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwie-
- 290 weit insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen ausreichend gewährleistet
- 295 ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert, dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht werden, umfassend
- 300 prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung herbeiführen.
- **Parlamentarische Entscheidungshoheit:** Mit Blick auf die regulatorische Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und
- 305 Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf parlamentarische Entscheidungen vor. Er betont zudem das „right to regulate“ der Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in vollem Umfang gesichert ist.
- 310
- 315
- 320
- 325
- **Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards:** Der neue Ansatz eines Investitionsgerichtshofs sieht u.a. transparentere Verfahren, verbesserte Standards bei der Auswahl der Richter, klarere Definitionen von Rechtsbegriffen und eine Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwie-
- weit insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen ausreichend gewährleistet ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert, dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht werden, umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung herbeiführen.
- **Parlamentarische Entscheidungshoheit:** Mit Blick auf die regulatorische Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf parlamentarische Entscheidungen vor. Er betont zudem das „right to regulate“ der Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in vollem Umfang gesichert ist. Bei der Arbeit des Gemischten Ausschusses ist sicherzustellen und regelmäßig auch gerade durch die Parlamente der Vertragspartner genau zu prüfen, dass die vorgesehene Kontrolle des Gemischten Ausschusses transparent erfolgt. Es muss so sichergestellt sein, dass - wie im Vertrag angelegt - die Rolle des Ausschusses auf eine umsetzende und empfehlende Funk-

- 330
- 335
- 340
- 345
- 350
- 355
- 360
- 365
- 370
- 375
- tion begrenzt bleibt. In keinem Fall darf die demokratische Gestaltungsfreiheit mittel- oder unmittelbar eingeschränkt werden.**
- **Zollabbau und Marktzugang:** CETA sieht vor, dass Zölle und technische Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.
 - **Kein Dumping-Wettbewerb:** In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften insgesamt vereinbart worden.
 - **Schutz der Arbeitnehmerrechte:** Besonders wichtig sind uns der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah er-
- **Zollabbau und Marktzugang:** CETA sieht vor, dass Zölle und technische Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.
 - **Kein Dumping-Wettbewerb:** In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften insgesamt vereinbart worden.
 - **Schutz der Arbeitnehmerrechte:** Besonders wichtig sind uns der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah er-

folgt. Insgesamt setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.

380

- **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards:** In unserem Konventsbeschluss haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden „Expertenpanels“ umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist sicherzustellen. In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, inwieweit – unter Bezug auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag – der bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten erweitert werden kann.

385

390

395

400

405

410

415

420

folgt. Insgesamt setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.

- **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards:** In unserem Konventsbeschluss haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden „Expertenpanels“ umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist sicherzustellen. In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, [...] **wie** – unter Bezug auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag – der bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten erweitert werden kann. **Auch die Sicherung der hohen europäischen Verbraucherstandards muss gewährleistet sein. Das Vorsorgeprinzip ist in den europäischen Verträgen festgeschrieben. Um diese Rechtsposition zusätzlich klarzustellen, sollte das Vorsorgeprinzip nochmals ausdrücklich in Bezug auf CETA bekräftigt werden. Demnach kann nach geltendem europäischem Recht für Produkte und Lebensmittel der Marktzugang verweigert werden, wenn aufgrund einer vorläufigen wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter An-**

- 425
- 430
- 435
- 440
- 445
- 450
- 455
- 460
- 465
- 470
- lass zur Besorgnis besteht, dass negative Folgen für Gesundheit von Mensch, Tier oder Umwelt eintreten könnten.**
- **Schutz der Daseinsvorsorge:** Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine Schutzregel (so genannter „public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex II geschützt, für den insbesondere auch keine *Ratchet (Sperrklinke)*-Klauseln oder *Standstill (Stillhalte)*-Klauseln gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin möglich.
 - **Schutz der Daseinsvorsorge:** Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine Schutzregel (so genannter „public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex II geschützt, für den insbesondere auch keine *Ratchet (Sperrklinke)*-Klauseln oder *Standstill (Stillhalte)*-Klauseln gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin möglich.
- Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten. Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen. Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende Klarstellungen sichergestellt werden sollte.
- Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten. Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen. Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende Klarstellungen [...] **sicherzustellen ist.**

- 475 Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier ist genau zu prüfen, ob die bisherigen Regelungen bereits ausreichen oder ob Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich etwa in Form von ergänzenden Erklärungen zwischen den Vertragspartnern erforderlich sind.
- 480
- 485
- 490
- 495 Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen. Durch die genaue Prüfung der bevorstehenden Regelungen sowie – wo nötig – durch Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,
- 500
- dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen unseriöse Forderungen ausschließen;
- 505
- dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
- 510
- 515
- dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollier-
- Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier [...] sind Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich, etwa in Form von rechtlich verbindlichen, ergänzenden Erklärungen zwischen den Vertragspartnern [...]. Dies können Protokollerklärungen sein oder etwa auch Begleitvereinbarungen zwischen den Vertragspartnern, die die bereits im CETA-Vertrag vorgesehenen Revisionsklauseln inhaltlich ausfüllen. Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen. Durch [...] – wo nötig – [...] Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,
- dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen unseriöse Forderungen ausschließen;
 - dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
 - dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollier-

520 ten Liberalisierungen führt und ob die
vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsäch-
lich alle Bereiche der Daseinsvorsorge
ausreichend und umfassend sichern oder
ggf. Ergänzungen nötig sind. Dienstleis-
525 tungen im Allgemeinen und allgemeinen
wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvor-
sorge) müssen hieb und stichfest gesi-
chert sein und es muss hinreichend Ge-
staltungsmöglichkeiten für die kommu-
530 nalen Körperschaften geben.

535 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
werden alles tun, um sicher zu gehen, dass
dieses Abkommen im Interesse der Menschen
ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hier-
für erwarten wir insbesondere, dass die ge-
nannten offenen Punkte und Fragen im wei-
teren Prozess erörtert und geklärt werden.
540 Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozial-
demokratie abschließend im Deutschen Bun-
destag zustimmen kann.

**IV. Die Stunde der Parlamente - unsere Er-
wartungen an den weiteren Ratifizierungs-
prozess**

545 Die Parlamente sind die Interessenvertretun-
gen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie
allein können der europäischen Handelspoli-
550 tik und einem Abkommen wie CETA die not-
wendige demokratische Legitimierung ver-
schaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext
ist das Ergebnis der Verhandlerinnen und
Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen:
555 Jetzt muss die Stunde der Parlamente kom-
men. Sie müssen ausführlich beraten und
umfassend prüfen, inwieweit CETA die An-
sprüche an eine fortschrittliche Handelspoli-
tik erfüllt.

560 Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der
Beratung und Entscheidung im EU-
Ministerrat das Abkommen diskutieren. Nach
Beratung und einer positiven Beschlussfas-
565 sung im Ministerrat ist dann der Weg für die
weitere parlamentarische Behandlung und
Ratifizierung frei, zunächst im Europäischen

ten Liberalisierungen führt und ob die
vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsäch-
lich alle Bereiche der Daseinsvorsorge
ausreichend und umfassend sichern oder
ggf. Ergänzungen nötig sind. Dienstleis-
525 tungen im Allgemeinen und allgemeinen
wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvor-
sorge) müssen hieb und stichfest gesi-
chert sein und es muss hinreichend Ge-
staltungsmöglichkeiten für die kommu-
530 nalen Körperschaften geben.

535 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
werden alles tun, um sicher zu gehen, dass
dieses Abkommen im Interesse der Menschen
ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hier-
für erwarten wir insbesondere, dass die ge-
nannten offenen Punkte und Fragen im wei-
teren Prozess erörtert und geklärt werden.
540 Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozial-
demokratie abschließend im Deutschen Bun-
destag zustimmen kann.

**IV. Die Stunde der Parlamente - unsere Er-
wartungen an den weiteren Ratifizierungs-
prozess**

Die Parlamente sind die Interessenvertretun-
gen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie
allein können der europäischen Handelspoli-
550 tik und einem Abkommen wie CETA die not-
wendige demokratische Legitimierung ver-
schaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext
ist das Ergebnis der Verhandlerinnen und
Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen:
555 Jetzt muss die Stunde der Parlamente kom-
men. Sie müssen ausführlich beraten und
umfassend prüfen, inwieweit CETA die An-
sprüche an eine fortschrittliche Handelspoli-
tik erfüllt.

Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der
Beratung und Entscheidung im EU-
Ministerrat das Abkommen diskutieren. Nach
Beratung und einer positiven Beschlussfas-
565 sung im Ministerrat ist dann der Weg für die
weitere parlamentarische Behandlung und
Ratifizierung frei, zunächst im Europäischen

- 570 Parlament sowie anschließend in den nationalen Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. Die Parlamente sind dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend.
- 575 Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:
- 580 • Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.
- 585
- 590 • Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen.
- 595
- 600 • Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen. Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.
- 605
- 610 • Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies
- 615
- Parlament sowie anschließend in den nationalen Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. Die Parlamente sind dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend. **Wir handeln dabei in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften.**
- Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:
- Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.
- Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen. Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.
- Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies

erst erfolgen, wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen Parlamenten erfolgen.

635 • Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten.

650 • Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, das unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.

erst erfolgen, wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen Parlamenten erfolgen.

• Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten. **Die parlamentarischen Beratungen insbesondere im Europäischen Parlament müssen dann Raum für weitere Veränderungen zulassen.**

• Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, das unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.

F/ Antrag 1*Landesorganisation Bremen***CETA nicht ratifizieren - oder substantiell verbessern!**

Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union ist weitgehend ausverhandelt. Anfang Juli will die EU-Kommission darüber entscheiden, ob sie den Abkommensentwurf dem Rat zur Ratifizierung zuleitet. Gleichzeitig wird die Kommission entscheiden, ob sie das Abkommen als gemischtes Abkommen ansieht. Sollte dies der Fall sein, würden nicht nur der Rat und das Europäische Parlament (EP) über CETA entscheiden, sondern auch die zuständigen Parlamente in den Mitgliedstaaten. In diesem Fall würde der Rat zudem nach einer eventuell zustimmenden Beschlussfassung des EP darüber befinden, ob CETA als Ganzes oder einzelne Teile davon vorläufig in Kraft gesetzt werden können.

Aus Sicht der SPD ist CETA ein gemischtes Abkommen, so dass das Abkommen nicht nur vom Europäischen Parlament (EP), sondern auch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss. Eine vorläufige Inkraftsetzung darf sich nur auf die Teile des Abkommens beziehen, die sich ausschließlich auf europäisches Recht gründen. Wir fordern die Bundesregierung und die Abgeordneten im EP auf, gegen eine eventuelle Entscheidung der Kommission, CETA zu einem EU-only-Abkommen zu erklären, entschiedenen Widerstand zu leisten.

Aus Sicht der SPD erfüllt der Text in seiner jetzigen Fassung in einigen wichtigen Punkten nicht die Anforderungen, die die SPD in ihrem Konventsbeschluss vom September 2014 und ihrem Parteitagsbeschluss vom Dezember 2015 formuliert hat, und darf deshalb keine Zustimmung finden. Kritisch sind vor allem folgende

CETA nicht ratifizieren - oder substantiell verbessern!

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

Kapitel:

- 45 • Die Passagen zur Geltung von Arbeit-
- nehmerrechten sehen keine verbindli-
- chen Anforderungen vor. Bei einer
- möglichen Verletzung von Arbeitneh-
- 50 merrechten gilt ein gesonderter Streit-
- schlichtungsmechanismus ohne Sank-
- tionsmöglichkeiten. Das ist vor allem
- deshalb nicht akzeptabel, als Kanada
- zwei der Kernkonventionen der Inter-
- 55 nationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- (Mindestalter bei Kinderarbeit und
- gewerkschaftliche Rechte insbesondere
- dem Streikrecht) nicht anerkannt
- und ratifiziert hat.
- Die Ausnahme der Daseinsvorsorge
- 60 aus Liberalisierungsverpflichtungen
- wird in CETA über Negativlisten gere-
- gelt. Das wäre nur akzeptabel, wenn
- die Daseinsvorsorgen vollständig aus-
- genommen wäre; wenn über eventuell
- 65 zukünftig neu entstehende Dienstlei-
- stungen zu gegebener Zeit neu ent-
- schieden werden muss, ob sie in die
- Ausnahmelisten aufgenommen wer-
- den; und wenn keine Ratchett- oder
- 70 Stand-still-Klauseln gelten, die eine
- eventuell in der Zukunft politisch ge-
- wollte Einschränkung des einmal vor-
- handenen Liberalisierungsgrades ver-
- bieten.

75 Während für neue Dienstleistungen in

CETA eine jeweils neue Entscheidung über

den politisch gewollten Liberalisierungs-

grad vorgesehen ist, werden die anderen

80 beiden Anforderungen nicht erfüllt.

In zwei Anhängen wird definiert:

a) welche Branchen von der vollständigen

Liberalisierung ausgenommen werden,

85 aber bei denen der einmal erreichte Libe-

ralisierungsgrad beibehalten werden muss

und

b) in welchen Branchen eine uneinge-

90 schränkte Regulierungsfreiheit der Staa-

ten bestehen bleibt.

Die Definition der Daseinsvorsorge in CETA und die Zuordnung der einzelnen Bereiche zu den erwähnten Ausnahmelisten ist nicht eindeutig. Damit wird die Daseinsvorsorge nicht vollständig von Liberalisierungszwängen ausgenommen. Ebenso wird eine etwaige Renationalisierung oder Rekommunalisierung von Dienstleistungen möglicherweise verhindert.

95
100
105
110
115
120
125
130

- Zwischen Staaten mit einem funktionierenden Rechtsschutz wie Kanada und der EU sind Investitionsschutzvorschriften grundsätzlich nicht erforderlich. In jedem Fall sind private Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen abzulehnen. Zwar ist es ein Erfolg, dass es auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelungen ist, das alte System privater Schiedsgerichtbarkeit beim Investitionsschutz zu überwinden und durch ein neues öffentliches Gerichtssystem zu ersetzen. Im Vergleich zum bisherigen ISDS-System wird das Recht der Staaten zu regulieren besser gewahrt, wird eine umfassende Transparenz der Verfahren gewährleistet und werden erheblich höhere Anforderungen an die Unabhängigkeit der Schiedsrichter gestellt. Allerdings ist nicht garantiert, dass als Schiedsrichter nur unabhängige Richter fungieren können. Zudem enthält der Text Begriffe wie „faire und gerechte Behandlung“ sowie „legitimen Erwartungen der Investoren“, die zu nicht gerechtfertigten Klagen von Investoren führen können.

Deshalb hält die SPD den vorliegenden Text nicht für zustimmungsfähig und fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, dem Abkommensentwurf die Ratifizierung zu verweigern.

CETA wäre für uns nur zustimmungsfähig, wenn weitere substantielle Veränderun-

- 140 gen vorgenommen werden:
- Wie von der kanadischen Handelsministerin im EP angekündigt, muss die kanadische Regierung vor der Ratifizierung von CETA sämtliche Konventionen der ILO zu den Kernarbeitsnormen rechtsverbindlich anerkennen und Schritte zu ihrer Durchsetzung einleiten.
 - Es muss rechtsverbindlich von beiden Vertragspartnern klargestellt werden, dass die Daseinsvorsorge in vollem Umfang von jeglichen Liberalisierungszwängen freigestellt ist. Gleichzeitig muss dargelegt werden, dass keine Einschränkungen bei einer eventuell politisch gewollten Re-Kommunalisierung oder Re-Nationalisierung gelten.
 - Es muss rechtsverbindlich vereinbart werden, dass die volle richterliche Unabhängigkeit von Schiedsrichtern im Investitionsschutz gewährleistet wird und dass sichergestellt ist, dass Investitionsschutzklagen nur im Falle von Diskriminierung kanadischer gegenüber europäischer Investoren zulässig sind. Dabei sind Klagen auf entgangene Gewinne auszuschließen.
- Sind diese Anforderungen nicht vollständig erfüllt, ist CETA abzulehnen.

F/ Antrag 2

Bezirk Hessen-Nord

Kooperation statt Konkurrenz - Neuausrichtung des globalen Handels- und Freihandelsabkommen

Die SPD-Bundestagsabgeordneten, die Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, den in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen, insbesondere TTIP und CETA, keinesfalls zuzustimmen, bevor ein Konvent nach eingehender innerparteilicher Debatte die Grundzüge eines von der Sozialdemokratie

Kooperation statt Konkurrenz – Neuausrichtung des globalen Handels- und Freihandelsabkommen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

10 angestrebten nicht marktradikalen Welt-
handelsregimes erarbeitet und beschlos-
sen hat.

15 Der Konvent sieht durchaus die Vorteile,
die TTIP in der geplanten Form auch für
einige auf dem Weltmarkt tätigen kleinen
und mittleren Unternehmen bringt. Wir
kommen aber zu dem Schluss, dass die
Nachteile für kleine und mittlere Unter-
nehmen deutlich überwiegen.

25 Wir sehen die Zukunft des Mittelstandes
in einer stärker regulierten sozialen
Marktwirtschaft und einer wirtschaftli-
chen Kooperation mit unseren unmittel-
baren Nachbarn. Das Bevölkerungswach-
stum in unseren Nachbarregionen, insbe-
sondere in Afrika und im Nahen Osten,
stellt Herausforderungen, die mit einer
30 Konkurrenz zwischen Staaten und Regio-
nen nicht lösbar sind.

Der Konvent sieht die genannten Abkom-
men als Hindernis der von der AGS ange-
strebten kooperativen Problembewälti-
gung und lehnt sie deshalb ab.

F/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

**Die roten Linien sind überschritten –
Für solidarischen, gerechten und de-
mokratischen Fairhandel statt CETA-
Freihandel!**

Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-
lands hat in ihrer Tradition als politikgestal-
tende und konstruktive Akteurin ihre roten
Linien für die aktuellen Verhandlungen um
5 die Freihandelsabkommen TTIP & CETA
festgelegt. Sie hat sich damit nicht von
vornherein der Diskussion um die Ausge-
staltung der Abkommen verweigert und
verantwortungsbewusstes Handeln gezeigt.
10 Nachdem nun das CETA-Abkommen aus-
und zum Teil nachverhandelt wurde, liegt
ein Ergebnis vor, welches wir als Sozialde-

**Die roten Linien sind überschritten –
Für solidarischen, gerechten und de-
mokratischen Fairhandel statt CETA-
Freihandel!**

15 mokratinnen und Sozialdemokraten mit unseren Beschlüssen behutsam abgleichen und bewerten müssen. Wir kommen hierbei zu dem Ergebnis, dass mit dem CETA-Abkommen elementare Bereiche unserer Anforderungen missachtet werden:

- 20 • Wir haben in den roten Linien festgelegt, dass wir keine Paralleljustiz in Form von privaten Schiedsgerichten zustimmen werden. Im vorliegenden Vertragstext finden wir nun zwar eine
- 25 nachverhandelte Form von Schiedsgerichten, die allerdings nichts an der Struktur eines außergerichtlichen Schutzes von InvestorInnen ändert und der Kapitalfraktion hiermit einen privilegierten Schutz und Klageweg einräumt, der zwischen gefestigten Rechtsstaaten nicht notwendig ist.
- 30 • Außerdem haben wir SozialdemokratInnen formuliert, dass wir keine Einschränkungen beim right to regulate hinnehmen werden. Nun sehen wir uns bei CETA hierbei mit drei Problemen konfrontiert: Zum einen äußern unterschiedliche Rechtswissenschaftler Zweifel daran, dass das right to regulate eindeutig und rechtssicher im Vertragstext definiert sei. Zum anderen besteht die Gefahr, dass zukünftige Regulierungen den Tatbestand der indirekten Enteignung erfüllen könnten und somit Schadensersatzforderungen nach sich ziehen würden und nicht zuletzt wird das Recht der Parlamente dadurch eingeschränkt, dass zukünftig Joint Committees das Recht erhalten sollen eigenständig bisher ungeklärte Rechtsbegriffe zu bestimmen. Mit CETA wird also das right to regulate nicht garantiert sondern ausgehöhlt und hierdurch die Demokratie in Europa angegriffen.
- 50 • Mit CETA findet zudem der Ansatz einer global-Liberalisierung in Form von Negativlisten Anwendung. Wir haben in unseren roten Linien hingegen deutlich gemacht, dass es immer nur um eine Li-
- 60

beralisierung mit Augenmaß gehen kann, weil die Gefahren einer umfassenden Liberalisierung insbesondere für die öffentliche Daseinsvorsorge unüberschaubar sind. Statt für den CETA-Negativlistenansatz steht die SPD für einen Positivlistenansatz.

- Um die Menschen in Europa und Deutschland zu schützen, steht die SPD für das Vorsorgeprinzip ein. In CETA wird auch dieser Grundsatz europäischer VerbraucherInnenschutzpolitik aufgegeben. Auch in den roten Linien halten wir an diesem Grundsatz fest, der im CETA-Abkommen hingegen nicht festgeschrieben ist.
- Als Schutzmacht der ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen haben wir als SPD die ILO-Kernarbeitsnormen als absolutes arbeitsrechtliches Minimum für die Zustimmung zu den Freihandelsabkommen definiert. Im CETA-Vertragstext findet sich hingegen keine Verpflichtung Kanadas, alle acht ILO-Kernarbeitsnormen zu akzeptieren.

Wir kommen deshalb zu dem Entschluss, dass wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands CETA nicht zustimmen können und fordern unsere sozialdemokratischen VertreterInnen in der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament dazu auf, dem CETA-Abkommen mit Kanada im Bundeskabinett, im Handelsministerrat, im Bundestag und im Europäischen Parlament die Zustimmung zu verweigern.

Als konstruktive Gestalterin verbleibt die SPD aber nicht bei einer reinen Ablehnung des CETA-Abkommens. Vielmehr möchten wir mit der Ablehnung deutlich machen, dass es eine Alternative zur neoliberalen Freihandelsdoktrin gibt. Das Scheitern der aktuellen Freihandelsabkommen eröffnet den politischen Raum für den Diskurs über eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik. Unsere Antwort heißt

110 hierbei Fairhandel statt Freihandel! Dabei
ist nicht der Handel zwischen Volkswirt-
115 schaften und Gesellschaften der Ausgangs-
punkt von Kritik, sondern die Ausrichtung
des derzeitigen Handelsregimes an den
Prämissen einer scheinbar alternativlosen
120 Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neolibe-
ralismus. Einer pseudo-unpolitischen Lesart
von Globalisierungsprozessen verweigern
wir uns. Wir sind davon überzeugt, dass
eine andere Welt- und Handelsordnung
125 möglich ist, die sich an anderen als den der-
zeit dominanten Prämissen der Deregulie-
rung, Liberalisierung und Privatisierung
orientiert und politisch erkämpft werden
kann:

- 130 • Eine solidarische Handelspolitik muss
sich seiner außen- und entwicklungspo-
litischen Auswirkungen und Verantwor-
tung bewusst sein. Statt Unterneh-
mensinteressen sind Menschenrechte in
135 den Fokus zu nehmen. Zu einer solidari-
schen Handelspolitik können einseitige
Handelsabkommen wie die EPAs
(Economic Partnership Agreements)
zwischen der EU und bspw. den AKP-
140 Staaten nichts beitragen. Asymmetrien
und Abhängigkeitsverhältnisse müssen
im Rahmen einer solidarischen Han-
delspolitik bekämpft statt reproduziert
und verfestigt werden.
- 145 • Eine gerechte Handelspolitik muss zu-
dem gesellschaftliche Ungleichheiten
im Inneren der HandelspartnerInnen,
gesellschaftliche Folgen berücksichtigen
und der Reproduktion von Ungleichheit
150 entgegenwirken. Es bedarf eines umfas-
senden Handelskonzeptes, das sowohl
ökologische als auch entwicklungspoli-
tische Standards festschreibt und klare
Ziele formuliert. Eine faire und gerechte
Handelspolitik, die ihren Namen ver-
155 dient, muss in der Lage sein die Situati-
on einzelner gesellschaftlicher Gruppen
mitzudenken. Dabei müssen die Rechte
der arbeitnehmenden Bevölkerung ge-
schützt und ausgebaut, Aspekte der Ge-
schlechtergerechtigkeit berücksichtigt,

160 Handelspolitik im Einklang mit sozial-
ökologischen Nachhaltigkeitszielen ge-
bracht und die Sicherung von Frieden
und Wohlstand weltweit als übergeord-
nete Zielgröße der Handelspolitik defi-
niert werden.

- Eine demokratische Handelspolitik muss
sich dem Ansatz des Multilateralismus
165 verpflichtet fühlen und eine demokrati-
sche Handelsarchitektur fokussieren. Ob
hierfür die WTO der geeignete Rahmen
ist, muss kritisch überdacht werden. Die
WTO selber ist maßgebliche Akteurin
170 einer neoliberalen Freihandelspolitik.
Vielmehr braucht es im Rahmen der
UNO ein handelspolitisches Forum auf
Augenhöhe. Mit der UNCTAD (United
Nations Conference on Trade and Deve-
175 lopment) gibt es bereits einen Rahmen,
der zukünftig eine solche Funktion
übernehmen kann. Demokratische
Handelspolitik bedeutet zudem eine
Abkehr vom Ansatz der negativen und
180 flachen Methode der Integration in den
Weltmarkt. Wir halten einen solchen
neoliberalen Ansatz für höchst unde-
mokratisch. Ein Handelsregime, welches
sich einer demokratischen Steuerung
185 unterzieht, bedarf explizit auch regula-
torischer und damit positiver Integri-
tionsansätze. Dies ist die Konsequenz aus
der Forderung nach der stärkeren The-
matisierung der politischen Aspekte in-
190 ternationalen Handels. Stellt man die
Vorstellung in den Mittelpunkt, dass
Handelsbeziehungen zu einer zuneh-
menden transnationalen Vergesell-
schaftung führen, befeuert der reine
195 Marktansatz, also die Ideologie des
Überlebens des Stärkeren, das genaue
Gegenteil. Einem ungezügelter Welt-
markt ist in diesem Sinne unser Leitbild
einer politisch und demokratisch gestal-
200 teten Globalisierung entgegen zu hal-
ten, unter der wir auch unsere Vorstel-
lungen des Fairhandels fassen.

Wir als Sozialdemokratische Partei Deutsch-

- 205 lands fühlen uns der sozial-gerechten Gestaltung der Globalisierung verpflichtet. Wir wollen einen Fairhandels-Ansatz wagen und die Ablehnung des CETA-Abkommens konstruktiv in eine Diskussion über die zukünftige Gestaltung des Welthandels einbetten. Diese wollen wir im Rahmen der Europäischen Union mit unseren Schwesterparteien, im Europäischen Parlament und auf Regierungsebene im Handelsministerium initiieren. Ein geschlossen handelndes Europa kann global Standards und Maßstäbe für eine neue, andere Handelspolitik setzen. Wir als Sozialdemokratie wollen hierfür der Motor sein.

F/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Keine vorläufige Anwendbarkeit von CETA und keine Zustimmung zu dem Vertrag in der aktuellen Fassung

Der SPD-Konvent spricht sich gegen eine vorläufige Anwendbarkeit von CETA sowie gegen eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages in der aktuellen Fassung aus.

- 5 Er fordert die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung, in den Landesregierungen sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Bundestag dazu auf, in den jeweiligen Sitzungen auf europäischer und nationaler Ebene eine vorläufige Anwendbarkeit, die Unterzeichnung und die Ratifizierung von
- 10 CETA in der Fassung vom 29.02.2016 abzulehnen.

- Die vorliegende Fassung von CETA steht im Widerspruch zu dem Beschluss, den der
- 20 Konvent der SPD im September 2014 zu den Abkommen TTIP und CETA gefasst und den der SPD-Parteitag 2015 ausdrücklich noch einmal bestätigt hat. Dieser Beschluss war in Absprache des SPD-
- 25 Parteivorstandes mit dem DGB-

Keine vorläufige Anwendbarkeit von CETA und keine Zustimmung zu dem Vertrag in der aktuellen Fassung

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

30 Bundesvorstand entworfen und vom Konvent gefasst worden. Er enthält „rote Linien“, deren Einhaltung durch die Partei erneut zu prüfen ist und bei deren Überschreitung die SPD, ihre Regierungsmitglieder und Mandatsträger aufgefordert sein müssen, den Abkommen nicht zuzustimmen.

35 Dabei sei den verhandelnden Vertretern Kanadas und der Europäischen Kommission und der Bundesregierung durchaus zugestanden, dass auch nach vorläufigem Abschluss der Verhandlungen der öffentlichen Kritik an dem Abkommen zumindest
40 insoweit Rechnung getragen wurde, als dass die bis dahin vorgesehenen Ad-Hoc-Schiedsgerichte zur Streitbeilegung über Inhalte des Abkommens inzwischen durch
45 noch zu schaffende ständige Schiedsgerichte („Tribunale“) mit dauerhaft benannten Schiedsrichtern ersetzt werden sollen. Doch enthält der Vertrag weiterhin viele Regelungen, die den Kriterien, die die Partei beschlossen hat, nicht entsprechen.
50 Der Antrag richtet sich wegen der erzielten Fortschritte auch lediglich auf die aktuelle Fassung; sollte der Vertrag weiter nachverhandelt und den Anforderungen angepasst werden, ist die hier formulierte ablehnende Haltung zu überprüfen.
55

Schon in Vorbereitung des Konvents im September 2016, der die Bewertung des
60 bisher vorliegenden Verhandlungsergebnisses anhand des Beschlusses von 2014 vornehmen soll, ist eine Prüfung durchzuführen, um eine kompetente Entscheidung zu ermöglichen.

65 Diese Prüfung anhand der englischen Fassung ergibt, dass sich massive Beeinträchtigungen des politischen Handlungsspielraums zur Regulierung von Märkten ergeben. Das Verhältnis von Markt und Politik
70 in Europa wird zu Lasten der Politik verschoben. Die mangelnde Kündbarkeit von Teilen des Abkommens führt dazu, dass alle seine Regelungen dauerhaft sind und

75 ohne allseitiges Einverständnis nicht ge-
ändert oder zurückgeholt werden können,
will man nicht das gesamt Abkommen
kündigen und somit international einen
Eklat hervorrufen. Die Möglichkeiten sozi-
aldemokratischer Politik zur Vermeidung
80 und Kompensation von negativen gesell-
schaftlichen Auswirkungen marktwirt-
schaftlicher Prozesse werden eingengt.
Zudem ergeben sich hohe finanzielle Risi-
ken für die Steuerzahler.

85 An drei ausgewählten Beispielen (A), dem
Investitionsschutz (I), der regulatorischen
Kooperation (II) und der Daseinsvorsorge
(III) werden die nachteiligen Folgen von
90 CETA deutlich.
CETA wäre nicht revidierbar (B).
CETA darf - aus diesen Gründen wie auch
aus Achtung vor den nationalen Parla-
menten - auch nicht für vorläufig an-
wendbar erklärt werden (C).

**A: Ausgewählte Beispiele aus dem ausge-
wählten Vertragsentwurf**

100 **I: Investitionsschutz**
Das neue Investitionsschutzkapitel in
CETA ist aus vielen Gründen unzureichend
und rechtfertigt - trotz der genannten
Verbesserungen im Verfahrensrecht - kei-
105 ne sozialdemokratische Zustimmung.

110 **1. Der Vorschlag und die Debatte in der
SPD konzentrieren sich auf Verfah-
rensfragen und vernachlässigen die
inhaltlichen Vorschriften.**

Die materiell-rechtliche („inhaltliche“) Seite des neuen Investitionsschutzkapitels wurde nahezu wortgleich aus der alten
115 CETA-Fassung übernommen. Damit wird den Kriterien des Parteikonventes nicht entsprochen, da dort eine Abkehr von Staat/Investor-Schiedsgerichten und unbestimmten Rechtsbegriffen gefordert wird. Der denkbar unbestimmte Rechtsbegriff „faire und gerechte Behandlung“
120

bleibt erhalten. Unklar bleibt, welche „legitimen Erwartungen“ in diesem Rahmen von Investoren geschützt werden sollen.

125 Während im deutschen Verwaltungsrecht grundsätzlich nur Rechtsakte oder eine schriftliche Zusicherung rechtlich geschütztes Vertrauen auf zukünftiges, staatliches Handeln erzeugt (vgl. zum Beispiel § 38 Verwaltungsverfahrensgesetz), genügt nach dem CETA-Vertragsentwurf für eine solche "legitime Erwartung" eine spezifische Aussage ("specific representation"). Dieser Begriff ist unpräzise und gibt dem ständigen Schiedsgericht bzw. dem Investitionsgericht einen erheblichen Auslegungsspielraum. So könnten auch öffentliche Äußerungen von Politikern oder unbedachte mündliche Zusagen von Verwaltungsmitarbeitern tauglicher Anknüpfungspunkt für einen Vertrauens- tatbestand sein.

135 Erhalten bleibt die Möglichkeit, verbindliche Interpretationsvorgaben und neue Tatbestände nachträglich in den Vertrag einzufügen und damit im Nachhinein Vertragsänderungen zu bewirken, deren demokratische Legitimation nicht vorgesehen ist. Hierüber entscheiden Ausschüsse, die mit Beamten des kanadischen Handelsministeriums und der EU-Kommission besetzt werden. Das geschieht hinter verschlossenen Türen ohne Beteiligung von demokratisch legitimierten Parlamenten und ohne einen öffentlichen Diskurs innerhalb der Zivilgesellschaft. Diese Ausschüsse können den Anwendungsbereich der Investitionsschutzklauseln massiv ausweiten. Diese Art der gesetzgeberischen Tätigkeit ist angesichts der Tatsache, dass Beamte der europäischen Kommission keiner demokratischen Kontrolle unterliegen und die an ihrer Spitze stehenden Kommissare von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen und durch das Europäische Parlament nur als Kollegium kollektiv bestätigt werden, nicht hinnehmbar. Nicht einmal das Europäische Parlament kann auf solche Regelungen

140
145
150
155
160
165

- 170 Einfluss nehmen. Dem Souverän wird damit die Möglichkeit genommen, dieser Art der Gesetzgebung durch Wahlentscheidung auch nur entfernt Vorgaben zu machen.
- 175 Erstaunlicherweise wird die „Bekräftigung“ eines „Rechts auf Regulierung“ (right to regulate“) als großer Erfolg gefeiert. Indes ist das grundsätzliche Recht von Parlamenten, Gesetze zu erlassen, eine
- 180 völkerrechtliche Selbstverständlichkeit. Gemeinwohlorientierte Gesetze von demokratisch legitimierten Parlamente können nach wie vor Gegenstand von Klagen vor dem ständigen Schieds- bzw. Investitionsgericht sein. Zudem darf nur zur Erreichung legitimer politischer Ziele“ reguliert werden. Was ein „legitimes Ziel“ ist, entscheidet freilich kein demokratisch legitimes Parlament, sondern das ständige
- 190 Investitionsgericht. Parlamente können also nach wie vor nur in dem Rahmen regulieren, der ihnen von dem ständigen Investitionsgericht gesteckt wird. Andernfalls besteht das Risiko (übermäßig) hoher
- 195 Schadensersatzforderungen gegen den jeweiligen Staat. Zudem entfaltet der Investitionsschutz seine regulierungsfeindliche Wirkung allein durch die bloße Möglichkeit einer Klage („Regulatory Chill“).
- 200 Grundsätzlicher: Bei aller berechtigten Kritik an konkreten Formulierungen ist es naiv, zu glauben, unerwünschte Entwicklungen einer solchen Rechtsprechung im Vorhinein durch geeignete Klauseln ausschließen zu können. Rechtsprechung entwickelt sich dynamisch und ihre Ergebnisse lassen sich nur bedingt vorhersagen. Gerichte neigen dazu, den Anwendungsbereich der von ihnen interpretierten
- 210 Normen weit auszulegen, um interessante Fälle auch entscheiden zu können. Diese Entwicklung gibt es auch im nationalen Recht. Hierauf sowie auf andere unerwünschte richterliche „Rechtsfortbildung“
- 215 kann der demokratische nationale Gesetzgeber aber durch eine Änderung der Gesetze reagieren, während eine Änderung

oder gar Kündigung von CETA sich - wie
ausgeführt - als rechtlich und faktisch
220 schwierig bis unmöglich erweisen wird.

**2.) Mit dem so genannten Investitionsge-
richt und der Revisionsinstanz enthält der
Vorschlag der Kommission Verbesserun-
225 gen. Wichtige Fragen bleiben jedoch un-
geklärt. Weder das vorgesehene Verfah-
ren zur Ernennung der Richter noch deren
Stellung genügen den internationalen
Anforderungen an die Unabhängigkeit
230 von Gerichten. Vor diesem Hintergrund
kann man nicht von einem internationa-
len Gericht sprechen, sondern bestenfalls
von einem ständigen Schiedsgericht.**

Sowohl bei der ersten Instanz als auch
235 beim Revisionsgericht, das analog konstru-
iert ist, sind die Interessenskonflikte der
herkömmlichen Schiedsgerichtsbarkeit
nicht ausgeräumt. Neben Personen, die in
ihrem Herkunftsland die Befähigung zum
240 Richteramt haben, können auch Juristen
mit „anerkannter Kompetenz“ ernannt
werden. Die im CETA gewünschten Quali-
fikationen können nur bei Personen mit
einschlägiger Expertise bejaht werden.
245 Anwälte sind nur insoweit ausgeschlos-
sen, als sie nicht gleichzeitig dem ständi-
gen Schiedsgericht angehören und als
Anwälte bei Schiedsverfahren arbeiten
dürfen. Es bleibt aber dabei, dass der Kreis
250 der Schiedsrichter wie in der bisherigen
Praxis auf eine kleine Personenzahl von
traditionell unternehmensfreundlichen
internationalen Handelsrechtlern konzen-
triert sein wird. Eine personelle Kontinui-
tät auch unter Berücksichtigung von An-
255 wälten ist vorprogrammiert.

Der Interessenskonflikt zwischen Recht-
sprechung und persönlichem Einkom-
mensinteressen wird erst bei der festen
260 Richterbesoldung aufgelöst. Dies ist aber
nur als später zu beschließende Möglich-
keit vorgesehen. So wird das bilaterale
Investitionsgericht zu nicht mehr als ei-
nem ständigen Schiedsgericht. Denn die
265 Richter werden nicht ausschließlich für

das Gericht tätig sein, sondern sich beruflich auch in anderen Zusammenhängen betätigen können. Interessenkonflikte bestehen weiter.

- 270 Eine parlamentarische Beteiligung bei der Richterauswahl des Revisionsgerichts, wie etwa bei den obersten Gerichtshöfen in Deutschland, ist nicht vorgesehen. Das Revisionsgericht wird große Macht bei der
- 275 Rechtsauslegung und Rechtsfortentwicklung haben. Es spricht viel dafür, dass es sich an Entwicklungen im internationalen Investitionsrecht orientieren wird, da CETA auf die gleichen Begrifflichkeiten und
- 280 vermutlich auch auf die gleichen handelnden Personen zurückgreift.

- 3. Grundsätzlicher Einwand: Die Kommission hält an der exklusiven Gerichtsbarkeit für ausländische Investoren fest. Das verletzt das grundlegende Prinzip der demokratischen Gleichheit. Es gibt kein Gleichgewicht prozessualer und materiel-
ler Rechte für Investoren und Rechtssubjekten mit anderen Interessen und Belangen. Das gilt auch für den langfristig angestrebten internationalen Handelsgerichtshof.**

- Investoren erhalten materielle und prozessuale Sonderrechte, ohne dass damit zusätzliche Pflichten korrespondieren. Der Schutz sozialer Rechte und der Schutz der Umwelt müssten ebenso gewährleistet (und einklagbar) sein wie der Schutz von
- 295 Investitionen. Inländische Unternehmen werden materiell rechtlich und verfahrensrechtlich benachteiligt. Die Einführung eines Sonderrechtsregimes ist ein Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der demokratischen Gleichheit und der Einheitlichkeit der Rechtsprechung (Art. 3, Art. 95 GG). Soziale Rechte und Belange des Umweltschutzes (und damit sozialdemokratische Positionen) geraten
- 305 strukturell in die Defensive. Solange der langfristig angestrebte multilaterale Handelsgerichtshof ebenfalls so einseitig ausgerichtet ist, muss er auch deswegen ab-
- 310

gelehnt werden.

315

4.) Nach wie vor ist die ursprüngliche Position der Bundesregierung richtig, dass es zwischen funktionierenden rechtstaatlichen Systemen keines internationalen Investitionsschutzes bedarf.

320

Es ist davon auszugehen, dass der nationale Rechtsweg beschritten werden kann und effektiven Investitionsschutz sicherstellt. Eine systematische Verletzung des nationalen Investitionsschutzes im Geltungsbereich von CETA ist bislang nicht vorgetragen worden. Wenn es systematische Mängel im nationalen Rechtsschutz geben sollte, dann wäre der rechtspolitisch vorzuziehende Weg, diese zu beseitigen, weil auch die nationalen Investoren und die nationale Rechtskultur davon profitieren. Internationaler Investitionsschutz wäre sonst ein bequemer Bypass zur Vermeidung notweniger nationaler Rechtsreformen.

325

330

335

II: Regulatorische Kooperation

340

Gegen die Abkommen bestehen weitere Bedenken aus Gründen der Demokratie: Das CETA ist als "living agreement" angelegt. Es geht dabei um die regulatorische Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada nach der Ratifizierung des Abkommens. Zwar sollen die Vertragspartner eigenständige politische und gesetzliche Aktivitäten ergreifen können, aber gleichzeitig sind sie zu einer regulatorischen Kooperation angehalten. Die Bereiche der Kooperation sind nicht abschließend aufgeführt, Erwähnt sind u. a. technische Handelshemmnisse, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutz sowie Dienstleistungen. Erreicht werden sollen der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen, ein wettbewerbs- und innovationsfreundliches Klima, aber auch eine effektive staatliche Regulierung. (Hier ist ein Zielkonflikt angelegt. In einem Freihandelsabkommen ist nicht davon auszu-

345

350

355

360

- gehen, dass er zugunsten staatlicher Regulierung aufgelöst wird). Für die Vorbereitungsphase von Gesetzen ist dazu ein umfangreiches Instrumentarium zu einer konvergenten und kompatiblen Rechtsentwicklung vorgesehen. Gegenseitige Anerkennungen von Regulierungen sollen ebenfalls möglich sein.
- 365
- 370 Im Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung ist zwar vorgesehen, dass die Vertragsparteien ihre arbeits- und umweltschutzrechtlichen Schutzniveaus nicht absenken dürfen, um Anreize für Handel
- 375 oder ausländische Investitionen zu schaffen. Das verhindert keine Standardabsenkung aus anderen Motiven und wird problematisch, wenn andere, etwa haushaltspolitische, Motive gleichzeitig mit handelspolitischen Motiven verfolgt werden.
- 380 Auch ist die Durchsetzungsfähigkeit des Nachhaltigkeitskapitels beschränkt. Es ist vom allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus ausgenommen.
- 385 Der Vertragstext spricht im Kapitel zur regulatorischen Kooperation von einem „hohen Schutzniveau“ für Menschen, Tiere, Pflanzen oder Gesundheit und Umwelt, das angestrebt wird. Das ist interpretati-
- 390 onsfähig. Es wird überdies Übereinstimmung mit WTO-Regeln verlangt, die nicht auf ein hohes Schutzniveau ausgerichtet sind.
- Das für die europäische Politik fundamentale Vorsorgeprinzip ist nicht als allgemeines Prinzip, sondern lediglich im Hinblick auf den Arbeits- und Umweltschutz im CETA angeführt. Der enthaltene Verweis auf WTO-Recht hilft nicht weiter, da dort
- 395 nur zeitlich begrenzt Regulierungen aus dem Vorsorgedanken heraus zulässig sind, ansonsten aber eine wissenschaftliche Begründung für Regulierungen erforderlich ist. Der CETA-Ansatz entspricht nicht
- 400 der bisherigen Regulierungskultur der Europäischen Union.
- 405 Die Struktur der innerbehördlichen Willensbildung auf Arbeitsebene in der Kommission wird durch die eingeleitete bilate-

- 410 rale Kooperation verändert. Das hat Auswirkungen auf die interne Machtverteilung der Interessen und damit auf die Gesetzgebungsentwürfe. Es läuft tendenziell auf einen kanadischen Ko-Gesetzgebungs-vorbereiter in den betroffenen Bereichen hinaus.
- 415 Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente bleiben in ihren Entscheidungen theoretisch frei. Die formale Entscheidungsstruktur in der Gesetzgebung wird nicht verändert. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass sich die veränderte Vorbereitungskultur in der Gesetzgebung auf leisen Sohlen in der
- 420 Gesetzgebung niederschlägt. Das Potential einer Begleitung von EU-Gesetzgebungsentwürfen durch eine kritische Öffentlichkeit ist begrenzt. Im Konfliktfall suchen Kommission, Rat und Parlament
- 425 Kompromisse. Diese Kompromisse werden bei neuer Ausgangslage unter Einbezug kanadischer Behörden andere sein. Wenn die regulatorische Kooperation erfolgreich sein soll, müssen in Kanada und Europa
- 430 angegliche Gesetze verabschiedet werden. Bei bilateral vorabgestimmten Gesetzgebungsentwürfen entsteht faktisch ein erheblicher Druck, diese Einigung nicht durch Änderungen in Frage zu stellen. Die
- 435 regulatorische Kooperation wirkt sehr subtil unterhalb der Ebene der formalen Kompetenzen.
- 440

445 **III: Daseinsvorsorge**

- Auch bei der Daseinsvorsorge steckt der Teufel im Detail. Die Liberalisierungsverpflichtungen engen den Gesetzgeber in seiner zukünftigen Handlungsfreiheit ein.
- 450 Denn CETA sieht vor, dass von der Liberalisierung nur solche Bereiche ausgenommen werden, die ausdrücklich in eine Negativliste aufgenommen sind („List it or lose it!“). Im CETA sind nicht alle Bereiche
- 455 der kommunalen Daseinsvorsorge gelistet. EU-Ausnahmen sind:
Öffentlicher Nahverkehr, Wasser und öff-

fentliche Schwimmbäder.

Deutschland-Ausnahmen sind:

460 Abfall, Abwasser, Gesundheit, Soziales und Bildung.

Nicht ausgenommen sind:

465 Gas, Strom, Fernwärme (lokale Verteiler-
ebene), Binnenhäfen, öffentliche Beleuch-

470 tung, Grünflächen, Breitband, Smart Grids.
Die „public-utility“-Klausel im CETA, die
zudem laut Bundesregierung und EU-

475 darstellen soll, erfüllt diese Funktion auf-
grund rechtlicher Unschärfen nicht. Zu-
dem bezieht sich diese Klausel ausschließ-
lich auf öffentliche Monopole oder exklu-
sive Rechte.

480 Letztlich besteht zwischen Kanada und
den EU-Mitgliedsstaaten auch eine große
Differenz, welche Wirtschaftsbereiche
tatsächlich in den Bereich der Daseinsvor-
sorge fallen. Auch hier besteht die Gefahr,

485 dass aufgrund eines Kompromisses nur
der kleinste gemeinsame Nenner ge-
schützt wird.

Die zahlreichen weiteren Organisations-
formen im Bereich der Daseinsvorsorge
490 werden nicht berücksichtigt. Insbesondere
sind Regulierungen gefährdet, die be-
stimmte Gesellschaftsformen (etwa AöR
oder GmbH) für Erbringer öffentlicher Da-
seinsvorsorge vorschreiben.

495 Der sehr ausdifferenzierte Kompromiss
beim europäischen Vergaberecht, der in
einer langen Entwicklung und Auseinan-
dersetzung zwischen EU-Binnenmarkt und
kommunaler Selbstverwaltung gefunden

500 wurde, wird von CETA zum Nachteil der
kommunalen Selbstverwaltung in Frage
gestellt. Ökologische und soziale Vergabe-
kriterien, Direktvergaben oder interkom-
munale Zusammenarbeit werden bei-

505 spielsweise nicht eindeutig gewährt. Auf-
grund der völkerrechtlichen Verpflichtun-
gen in CETA wäre die EU bei einem In-
krafttreten dazu verpflichtet, das europäi-
sche Vergaberecht an CETA anzupassen. Es

besteht somit die Gefahr, dass der histo-

risch gewachsene EU-Rechtsrahmen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ausgehebelt wird. Zudem sind die Grenzen für internationale Ausschreibungen in CETA zu niedrig. Sie können aber nicht mehr erhöht werden.

Die Daseinsvorsorge ist vom Investitionsschutzkapitel nicht ausgenommen. Somit könnten betroffene ausländische Unternehmen oder Kapitaleigner vor privaten Schiedsgerichten bei Re-Kommunalisierungen Verfahren mit dem Ziel einer Entschädigung anstrengen.

520

B: CETA faktisch nicht revidierbar.

Zwar enthält der Vertrag eine Kündigungsklausel, aber die erforderlichen Mehrheiten zu einer Kündigung innerhalb der EU zu erreichen, dürfte ausgeschlossen sein. Dies gilt um so mehr, wenn man bedenkt, welche Vielzahl von Regelungen gekündigt werden müsste, wenn nur einige von ihnen als dringend revisionsbedürftig erkannt werden. Man kündigt keinen internationalen Vertrag ohne Not. Bei Fehlentwicklungen in einigen - selbst sehr relevanten - Bereichen, dürfte die Neigung, den ganzen Vertrag in Frage zu stellen, gering sein.

Zudem gibt es Fortwirkungsbestimmungen nach einer Kündigung des Gesamtvertrages für einzelne Bestandteile, wie etwa eine 20jährige Fortwirkung des Investorenschutzes. Diese Gefahren drohen bereits durch die vorläufige Anwendung des Abkommens.

Das Grundgesetz war und ist nicht zuletzt wegen des Einflusses der Sozialdemokratie wirtschaftspolitisch neutral. Es gibt kommenden Generationen den Raum, das bestehende Wirtschaftssystem grundlegend zu verändern. Verträge wie CETA tragen dazu bei, diese Freiheit einzuschränken und das aktuelle Wirtschaftssystem faktisch für die Ewigkeit festzuschreiben. Kommende Generationen werden dadurch in ihren Möglichkeiten einge-

555 schränkt, demokratisch frei zu entschei-
den, wie sie auf neue Problemlagen rea-
gieren und auf welche Weise sie ihr Zu-
sammenleben organisieren wollen. Dabei
560 ist schon heute ersichtlich, dass unser ak-
tuelles Wirtschaftssystem vielfach unfähig
ist, soziale Gerechtigkeit und ökologische
Nachhaltigkeit in unserer einen Welt zu
sichern.
CETA ist ein weiterer Baustein zu einer
internationalen Wirtschaftsverfassung
565 unter neoliberalen Vorzeichen. Sozialde-
mokratische Politik wird in Zukunft struk-
turell erheblich in die Defensive gedrängt,
wenn sie diese Entwicklung nicht erkennt
und sie umkehrt.
570

C: Vorläufige Anwendbarkeit

Es mag zwar der aktuellen Praxis entspre-
chen, völkerrechtliche Verträge für vorläu-
575 fig anwendbar zu erklären. Wegen des
enormen Regelungsumfangs (die Ver-
tragsdokumente zählen etwa 1600 Seiten)
und den beträchtlichen Gefahren (siehe
580 unten) ist diese Praxis aber nicht akzeptab-
el. Zunächst ist nicht ersichtlich, dass ein
besonderer zeitlicher Druck besteht, der
ein schnelles Inkrafttreten erfordert. Viel-
mehr besteht die Gefahr, dass durch ein
585 vorläufiges Inkrafttreten Tatsachen ge-
schaffen werden, deren Korrektur die be-
teiligten Staaten teuer zu stehen kommen
könnte.
Zudem beeinträchtigt eine vorläufige An-
wendbarkeit die Rechte der Parlamente.
590 Eine Beteiligung des Europäischen Parla-
mentes ist nicht zwingend vorgesehen
und hängt letztlich vom Gutdünken des
Rates ab. Eine Abstimmung des Europäi-
schen Parlamentes ist zwar dem Verneh-
595 men nach beabsichtigt, die nationalen
Parlamente – wie der Bundestag – werden
im Rahmen der Erklärung der vorläufigen
Anwendbarkeit überhaupt nicht beteiligt.
Darüber hinaus ist bislang unklar, welche
600 Teile des CETA vorläufig in Kraft gesetzt
werden sollen. Das CETA fällt sowohl in

die Kompetenz der EU als auch der Mitgliedstaaten (sog. gemischtes Abkommen). Welche Teile in die nationale Kompetenz fallen, ist bislang umstritten. Es besteht die Gefahr, dass etwa die Regelungen über den Investitionsschutz vorläufig und ohne Anhörung von Bundestag und Bundesrat in Kraft gesetzt werden.

605

610 Weiterhin besteht die Gefahr, dass auch Teile des CETA, die ganz offensichtlich in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen, dennoch für vorläufig anwendbar erklärt werden. So hat dies die EU schon beim

615 Freihandelsabkommen mit Südkorea getan. Dort hat sie Regelungen im Bereich „Arbeitsschutz“ für vorläufig anwendbar erklärt, die aber in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fallen. Auch bei den Frei-

620 handelsabkommen mit Peru und Kolumbien hat die EU Regelungen vorläufig in Kraft gesetzt, die in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fallen.

Eine vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge höhlt unsere demokratischen Verfahren aus. „Vorläufig“ bedeutet im normalen Sprachgebrauch, dass ein Abschluss des Verfahrens in Kürze erwartet wird. Bisherige Freihandelsabkommen

625 der EU sind aber teilweise schon seit Jahren vorläufig in Kraft. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den karibischen Staaten wird etwa seit dem Jahr 2008 vorläufig angewendet. Das Frei-

635 handelsabkommen mit Bosnien und Herzegowina war sieben Jahre lang vorläufig in Kraft, bevor es letztes Jahr ratifiziert wurde. So werden letztlich ohne den Willen der Parlamente Fakten geschaffen.

640 Die vorläufige Inkraftsetzung würde dem öffentlichen Ansehen der EU, das sowieso beschädigt ist, weiteren Schaden zufügen. Europa steht in der Kritik, wird sehr ernsthaft infrage gestellt. Der Vorwurf lautet,

645 es bevormunde die Mitgliedstaaten und seine Bürgerinnen und Bürger. In dieser Situation einer Ratifikation von CETA durch die Mitgliedsstaaten vorzugreifen, würde alle Vorurteile und Verschwörungs-

650 theorien bestätigen, die so gerne kursieren.
ren.

F/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

CETA

[Antrag C15 Pakove 5.6.2016]

CETA:

- In der vorliegenden Fassung ablehnen
- Keine vorläufige Anwendung vor Zustimmung durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente

5

Die SPD steht für eine neue, faire Handelspolitik. Diese muss dem aktuellen finanzmarktgetriebenen Globalisierungsmodell, das für eine permanente Verschärfung des Wettbewerbsdrucks auf dem Rücken von Mensch und Umwelt, für wachsende Ungleichgewichte und Ungerechtigkeit sorgt, eine klare Absage erteilen.

10

15

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ist aufgrund der öffentlichen Kritik im Zuge der „Rechtsförmlichkeitsprüfung“ abgeändert worden, ohne dass neue Verhandlungen aufgenommen wurden. Entgegen ursprünglichen Behauptungen war es möglich, substantielle Veränderungen im Vertrag vorzunehmen, die die Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit betreffen. Diese Veränderungen gehen in die richtige Richtung und sind zu begrüßen. Trotzdem erfüllt das Abkommen in der jetzt vorliegenden Form die Anforderungen nicht, die der Parteikonvent am 20. September 2014, das Europäische Parlament am 8. Juli 2015 zu TTIP und der Bundesparteitag im Dezember 2015 vorgegeben haben.

20

25

30

35

Insbesondere sehen wir mit Sorge und lehnen es ab, dass

- CETA keine effektiven, einklagbaren Regeln enthält, um die Rechte von Arbeit-

40

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

rninnen und Angestellten zu schützen und auszubauen und stattdessen das Kapitel zu Handel und Arbeit – ebenso wie das Kapitel zu Handel und Umwelt – nur unverbindliche Regelungen enthält, die nicht dem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus unterliegen;

45 •CETA beim Investorenschutz sogar hinter dem Vorschlag für ein Investment Court System (ICS) des Bundeswirtschaftsministeriums zurückbleibt, so dass Fragen zum Verhältnis zum nationalen Rechtsschutz, zur „gerechten und billigen Behandlung“, zur direkten und indirekten Enteignung, zum „Recht zu regulieren“ und der Meistbegünstigungsklausel offen bleiben, obwohl zwischen EU und Kanada als entwickelte Rechtsstaaten keine Sonderrechte für ausländische Investoren erforderlich sind;

50 •CETA bei der Öffnung von Dienstleistungen einen Negativlisten-Ansatz verfolgt und eine „Ratchet-Klausel“ beinhaltet. Somit sind öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt. Dieser Ansatz muss zurückgewiesen und ersetzt werden durch eine Positivliste, die klar die Bereiche und Sektoren definiert, die für eine Öffnung in Frage kommen;

55 •CETA keinerlei Regeln enthält, die eine grenzüberschreitende öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung von Tarifverträgen oder Leistungsbilanzen bindet, wie eine Anforderung, regional Arbeitsplätze zu schaffen;

60 •CETA die Gründung eines Regulierungsrates vorsieht (Regulatory Cooperation Forum, RCF), der Unternehmen und Lobbygruppen einen bevorzugten Zugang gewähren kann und somit das Potenzial hat, die demokratischen Rechte der Parlamente einzuschränken.

65 Diese gravierenden Mängel wiegen umso schwerer, als CETA als Modell für TTIP und weitere Handels- und Investitionsabkommen gilt und somit Maßstäbe setzen soll, die künftig kaum noch relativierbar und

70

75

80

85

korrigierbar sind.

90

Die SPD lehnt CETA in der aktuell vorliegenden Fassung ab. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang insbesondere die gemeinsame Erklärung des Canadian Labour Congress (CLC) und des DGB vom 23.10.2015 sowie die gemeinsame Erklärung des CLC und des EGB.

95

100

Sie fordert die Bundesregierung auf, CETA im Europäischen Rat nicht zu ratifizieren. Der Bundesparteitag fordert außerdem die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag auf, CETA mindestens so lange abzulehnen, bis in den genannten Punkten und den Anforderungen des Europäischen Parlamentes (Resolution vom 8. Juli 2015) entsprechend wesentliche Korrekturen vorgenommen wurden.

105

110

Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 sieht sinngemäß vor, dass der Parteikonvent oder ein Bundesparteitag vor einer Entscheidung im Europäischen Rat und im EP beteiligt werden muss. Der Parteitag hat darüber hinaus festgehalten, dass genügend Raum für eine Diskussion gegeben sein muss: „Es muss der Grundsatz gelten: Sorgfalt vor Schnelligkeit.“ Ausgehend von dieser Sorgfaltspflicht ist zu klären, ob und inwieweit es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt und sich die Bundesregierung mit ihrer Auffassung durchsetzen kann.

115

120

125

130

Auch darf es nicht zu einer vorläufigen Inkraftsetzung kommen, da davon auszugehen ist, dass in weiten Teilen des Abkommens nationale und europäische Belange und Zuständigkeiten nicht trennbar sind. Auf keinen Fall dürfen – etwa mit Blick auf den Investorenschutz und den Streitbeilegungsmechanismus – durch ein vorläufiges Inkrafttreten langfristige, völkerrechtliche Verpflichtungen eingegan-

135

gen werden.

140 Auch muss die Bundesregierung definitiv klären, welche Rechtsfolge eine Nicht-Ratifizierung oder Ablehnung von CETA durch nationale Parlamente (oder auch nur durch eines) hat.

F/ Antrag 6

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Transparenz und ausführliche Beratung für CETA

[Antrag C17 Pakove 5.6.2016]

5 Die roten Linien, die die SPD auf ihrem Parteikonvent im September 2014 beschlossen und auf dem Bundesparteitag bekräftigt hat, müssen wir sorgfältig mit dem übersetzten Vertragstext abgleichen. Es gilt jetzt, Transparenz und ausführliche Beratungen zu gewährleisten:

10 1. Der Deutsche Bundestag muss sich intensiv mit CETA befassen. Wie bei der ersten Föderalismuskommission muss es eine Anhörung im Plenum des Parlaments und zusätzlich Anhörungen in allen betroffenen Fachausschüssen geben, wenn der übersetzte Vertragstext vorliegt. Die SPD-Fraktion praktiziert diesen Ansatz bereits seit Beginn des Verhandlungsprozesses mit einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe – diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen.

15 2. CETA darf nicht ohne Beteiligung der nationalen Parlamente in Kraft treten – auch nicht in Teilen. Eine getrennte Inkraftsetzung bestimmter Teile des umfangreichen und in seiner Wirkungsdimension beispiellosen Vertrags weist zahlreiche rechtliche Probleme auf. Wir erleben derzeit eine der tiefsten Sinnkrisen der EU. Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, ein so weitreichendes und hoch umstrittenes Abkommen ohne die notwendige Akzeptanz in Kraft zu setzen. So kann kein

Transparenz und ausführliche Beratung für CETA

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion sowie teilweise erledigt durch Regierungshandeln zur Einstufung von CETA als gemischtes Abkommen

35 Vertrauen in demokratische Prozesse
entstehen.

F/ Antrag 7

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

CETA

[Antrag C16 Pakove 5.6.2016]

Die Regierungsglieder der SPD werden keiner vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens CETA zustimmen, bevor nicht ein Parteikonvent oder ein Bundesparteitag erneut mit dieser Frage befasst wurde.

5

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 8

Unterbezirk Mönchengladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

[Antrag C18 Pakove 5.6.2016]

Die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.

5

10

15

20

25

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staat-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten.

TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungungerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln; Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen; öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen; kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten; bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern; die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern; global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

F/ Antrag 9*Ortsverein Impflingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)***Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat**

[Antrag C19 Pakove 5.6.2016]

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, dass „CETA“ in keinem Fall von der deutschen Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Union Zustimmung erfahren darf, damit „CETA“ nicht vorläufig in Kraft gesetzt wird.

5

Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 10*Ortsverein Edenkoben (Landesverband Rheinland-Pfalz)**GV Edenkoben (Landesverband Rheinland-Pfalz)**Kreisverband Südl. Weinstraße (Landesverband Rheinland-Pfalz)***Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat**

[Antrag C20 Pakove 5.6.2016]

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, dass „CETA“ in keinem Fall von der deutschen Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Union Zustimmung erfahren darf, damit „CETA“ nicht im Voraus in Kraft gesetzt wird, bzw. vorläufig zur Anwendung kommt.

5

10

Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 11*Ortsverein Bielefeld-Quelle-Freibad (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***CETA und TTIP**

[Antrag C21 Pakove 5.6.2016]

1. Für das Handelsabkommen CETA liegt seit dem 29.02.2016 ein nachverhandelter Vertragstext in englischer Sprache vor. Das Abkommen enthält weiterhin einen Investorenschutz durch private Schiedsgerichte, die zwar in dem neuen Text „Investitionsschutztribunale“ heißen, aber weiterhin Ge-

5

CETA und TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

- 10 richte außerhalb der nationalen und europäischen Rechtsordnung sind. Die SPD lehnt deshalb das Handelsabkommen CETA ab.
- 15 2. Die SPD hält weiterhin die Intransparenz der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP für gänzlich inakzeptabel. Die Informationsmöglichkeiten, die vor kurzem den Abgeordneten des Deutschen Bundestags eingeräumt wurden, sind völlig unzureichend. Auch die Zivilgesellschaft muss angemessene Möglichkeiten erhalten, sich an Hand originaler Dokumente über TTIP zu informieren. Die SPD-
- 20 Mitglieder im Europäischen Parlament und die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich mit mehr Nachdruck für mehr Transparenz einzusetzen.
- 25 3. Solange durch das Handelsabkommen TTIP private Schiedsgerichte zum Investorenschutz eingerichtet werden sollen, lehnt die SPD das Abkommen ab.
- 30 4. Die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich allen Versuchen, die Abkommen CETA und/oder TTIP an den nationalen Parlamenten vorbei in Kraft zu setzen, entschieden zu widersetzen. Das vorläufige In-Kraft-Setzen von CETA oder Teilen von CETA ohne vorherige Zustimmung durch die nationalen Parlamente wird strikt abgelehnt.
- 35
- 40
- 45

F/ Antrag 12

Ortsverein Neustadt-Gimmeldingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Freihandelsabkommen - TTIP, CETA und TiSA nicht ratifizieren!

[Antrag C23 Pakove 5.6.2016]

Für einen fairen und nachhaltigen Handel und für den Schutz von europäischen Ar-

Freihandelsabkommen - TTIP, CETA und TiSA nicht ratifizieren!

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen

5 beits- und Verbraucherschutz-, Sozial-, und Umweltstandards
Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

10 Die SPD Gimmeldingen hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit den Themen TTIP CETA und TiSA befasst. In Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern haben wir unsere Position zu diesen Themen erarbeitet und diskutiert. Auf dieser Basis stellt der SPD Ortsvereinsvorstand Gimmeldingen folgenden Antrag an den Parteikonvent zu TTIP, CETA und TiSA: Freihandelsabkommen können einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und damit indirekt auch sozialen Gestaltung der Globalisierung leisten. Sie bergen aber zugleich beachtliche Gefahren und Risiken, denen durch klare Grundbedingungen sozialer Politik begegnet werden muss.

25 Wir wollen, dass die EU zum weiteren Ausbau fairer weltweiter Handelsbeziehungen beiträgt. Eine Handelsliberalisierung darf daher nicht zum Absinken unserer rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen Standards führen. Sie muss im Gegenteil einer neuen, gerechteren Weltwirtschafts- und Sozialordnung dienen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir internationale Vereinbarungen nutzen, international auf die Einhaltung wichtiger sozialer Errungenschaften drängen. Die Zustimmung zu Handelsabkommen muss demnach an Bedingungen geknüpft sein, die dies gewährleisten. Das gilt für den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch bei Finanzprodukten im Dienstleistungssektor. Außerdem dürfen Freihandelsabkommen in keinem Fall Rechte von Arbeitnehmern/innen und oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen und Mitbestimmungs- Arbeits- und Umweltstandards senken.

Wir fordern insbesondere:
50 • Die CETA- und TTIP-Vertragstexte dürfen keine Investitionsschutzklauseln

- enthalten, insbesondere keine Klage-
rechte von Unternehmen gegen Staa-
ten vor privaten Schiedsgerichten.
- 55 • Auf keinen Fall darf das Niveau von
Umwelt-, Arbeitnehmer- oder Ver-
braucherschutzregeln das Niveau der
60 sozialen Versorgung (z.B. gesetzliche
Unfall- und Sozialversicherungen) di-
rekt oder indirekt abgesenkt werden.
Eine gegenseitige Anerkennung von
Standards mit nichtgleichwertigen
Funktionen oder Wirkungen der Regu-
65 lierung darf es nicht geben. Beide Ver-
tragspartner müssen sich verpflichten,
internationale Übereinkünfte und
Normen in den Bereichen Umwelt, Ar-
beit und Verbraucherschutz
70 schnellstmöglich zu ratifizieren und
umzusetzen. Dazu gehören die Ratifi-
zierung und die Einhaltung der ILO-
Kernarbeitsnormen, weiterer von der
ILO als „bedeutend“ klassifizierter Ar-
beitsnormen und der OECD Rahmen-
75 vereinbarungen für multinationale
Unternehmen.
- Eine Liberalisierung von Dienstleistun-
gen muss kritisch und transparent ge-
80 staltet sein, einen Automatismus wie
bei einem Negativlistenansatz lehnen
wir ab. Auch die Ratchet-Klausel und
das sogenannte „living agreement“
lehnen wir ab.
- Umfang und Qualität der öffentlichen
85 Daseinsvorsorge in der EU sind zu
wahren. Öffentliche Dienstleistungen
und die Entscheidung der öffentlichen
Hand über die Erbringung von Dienst-
leistungen müssen komplett aus den
90 Verhandlungen mit den USA, analog
zur Wasserversorgung in CETA, ausge-
nommen werden, auch wenn diese
Dienstleistungen von einer oder von
beiden Vertragsparteien bereits libera-
95 lisiert worden sein sollten. Eine Rück-
führung in den öffentlichen Bereich
darf nicht ausgeschlossen werden.
- Der Datenschutz ist auf höchstem eu-
ropäischem Niveau zu erhalten.

- 100 • Das Vorsorgeprinzip muss vollumfänglich erhalten bleiben, es darf nicht dem Nachsorgeprinzip geopfert werden.
- 105 • Das Recht und die Aufgabe von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, darf nicht durch die Schaffung eines „Regulierungsrates“ im Kontext regulatorischer Kooperation erschwert werden.
- 110 • Bei Ceta ist das Kapitel zu Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung mindestens genauso durchsetzbar zu gestalten, wie die restlichen Kapitel des Abkommens, es muss zumindest unter den allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus fallen, so dass Verstöße mit Handelsstrafmaßnahmen oder Entschädigungszahlungen geahndet werden können.
- 115 • Eine Revisionsklausel muss enthalten sein, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen ermöglicht. Überprüfungs-, Beschwerde- und Sanktionsmechanismen müssen zwingend in einem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus verankert werden.
- 120 • Alle Freihandelsabkommen, insbesondere CETA und TTIP müssen explizite Menschenrechtsklauseln enthalten, die es ermöglichen würde, das Abkommen einseitig ganz oder teilweise auszusetzen, wenn gegen Menschenrechte wie die Kernarbeitsnormen verstoßen wird.
- 125
- 130
- 135

140 Zur Erhaltung und zum Schutz der Bürger-, Arbeitnehmer-, und Mitbestimmungsrechte sowie der Verbraucher- und Umweltschutzstandards fordern wir die SPD auf allen Ebenen, insbesondere die in den Landes- und Bundesregierungen als auch den im Europaparlament beteiligten Fraktionen, auf die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu

145

- stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada als auch das Trade in Services Agreement TISA (nicht zu ratifizieren, sowie die Inhalte der bisher geführten Verhandlungen lückenlos offen zu legen.
- 150
- 155 Sollten diese Forderungen im Vertragstext eines Freihandelsabkommens nicht erfüllt werden, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und Abgeordneten des Europaparlaments (Fraktion S & D im Europäischen Parlament) auf, diese Abkommen abzulehnen. Außerdem sollte in regelmäßigen zeitlichen Abständen eine Überprüfung bestehender Abkommen anhand dieser Kriterien stattfinden.
- 160

F/ Antrag 13

Kreisverband Oberbergischer Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Derzeit „Nein“ zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA

[Antrag C22 Pakove 5.6.2016]

Die SPD lehnt derzeit die Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA ab und fordert alle sozialdemokratischen Mandatsträger auf, im Europaparlament, im Bundestag und den Landtagen Deutschlands derzeit gegen diese Vorhaben zu stimmen.

5

Derzeit „Nein“ zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

F/ Antrag 14

Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)

CETA nur unter Bedingungen

Der Parteikonvent beschließt, dass der Handelsvertrag CETA zwischen der EU und Kanada nur unter folgenden Bedingungen akzeptiert werden kann:

- 5
- Kanada anerkennt und ratifiziert alle Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und setzt diese vor der EU-Vertragsratifikation um
 - Die in CETA vorgesehenen Liberalisierungsverpflichtungen werden nicht
- 10

CETA nur unter Bedingungen

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

über Negativlisten sondern über Positivlisten geregelt

- In den vorgesehenen Schiedsgerichten dürfen nur unabhängige Richter eingesetzt werden
- Schwammige Begriffe müssen durch einen rechtsverbindlichen Text ersetzt werden

F/ Antrag 15

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Demokratisch entscheiden - CETA nicht vorläufig in Kraft treten lassen

Die EU-Kommission plant derzeit, das zwischen EU und Kanada geplante Freihandelsabkommen CETA schon vor der Zustimmung der nationalen Parlamente vorläufig in Kraft treten zu lassen. – zumindest für die Teile, die im alleinigen Zuständigkeitsbereich der EU liegen.

Das Abkommen würde in diesem Fall in Kraft treten, bevor der Bundestag darüber abgestimmt hat.

Eine Klausel in CETA würde es großen Teilen des Abkommens erlauben, ohne die Zustimmung irgendeines Parlaments in Kraft zu treten – inklusive der vieldiskutierten und unbeliebten Sonderrechte für Investoren!

Diese Klausel erlaubt, dass das CETA-Abkommen in Kraft tritt, sobald der Rat der Europäischen Union – d.h. die Regierungen der Mitgliedsstaaten –, aber keines der europäischen Parlamente, zugestimmt hat. Das EU-Parlament anzuhören, ist nur eine in den letzten Jahren geübte Praxis, aber kein Recht des EU-Parlaments.

Die SPD lehnt dieses Vorgehen als verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch inakzeptabel ab. Die SPD fordert Sigmar Gabriel auf, Wort zu halten, indem er CETA keine vorläufige Zustimmung erteilt, bevor es im Bundestag behandelt wurde.

Demokratisch entscheiden - CETA nicht vorläufig in Kraft treten lassen

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 16*Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)***Ablehnung CETA**

Die SPD lehnt das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA in seiner ausverhandelten Form ab, da es wesentliche demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze missachtet und mit den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft unvereinbar ist. Zudem steht es im Widerspruch zu wesentlichen Teilen des Beschlusses des Parteikonvents von 2014 und entspricht nicht den Anforderungen an CETA laut dem Parteitagsbeschluss vom Dezember 2015. Die SPD wird einer vorläufigen oder endgültigen Inkraftsetzung ohne Zustimmung durch die nationalen Parlamente, insbesondere den deutschen Bundestag, unter keinen Umständen zustimmen und sich in dieser Frage nötigenfalls auch gegen die Koalitionspartner im Bund stellen.

Ablehnung CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 17*Unterbezirk in der Städteregion Aachen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)**Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Keine vorläufige Anwendbarkeit von CETA und keine Zustimmung zu dem Vertrag**

Die SPD spricht sich gegen eine vorläufige Anwendbarkeit von CETA sowie eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages aus. Sie fordert die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung, in den Landesregierungen sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Bundestag dazu auf, in den jeweiligen Sitzungen auf europäischer und nationaler Ebene eine vorläufige Anwendbarkeit, die Unterzeichnung und die Ratifizierung von CETA abzulehnen.

Keine vorläufige Anwendbarkeit von CETA und keine Zustimmung zu dem Vertrag

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 18*Kreisverband Herford (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada)**

Die SPD fordert den SPD-Parteivorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf, in der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass es im Europäischen Rat zu keiner Entscheidung kommt, die nicht-gemischten Teile des Freihandelsabkommens CETA vorläufig in Kraft zu setzen, bevor nicht die nationalen Parlamente über das Abkommen debattiert und entschieden haben.

Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada)

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

Die SPD fordert die deutschen Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) auf, keiner vorläufigen Inkraftsetzung von Teilen des Handelsabkommens CETA zuzustimmen.

Die SPD fordert die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, über das Handelsabkommen CETA im Bundestag erst nach einer glaubwürdigen Debatte in Gesellschaft und Partei abzustimmen; zu einer glaubwürdigen Debatte gehört insbesondere ein hinreichender Zeitraum, in dem das Vertragswerk von Organisationen der Zivilgesellschaft analysiert und in einer öffentlichen Diskussion in seinen Teilen bewertet werden kann.

Die SPD fordert den SPD-Bundesvorstand auf, das Votum eines Bundesparteitages über das Handelsabkommen CETA dann einzuholen, wenn es in der Debatte in Partei und Öffentlichkeit zu einem Dissens in der Bewertung zentraler Regelungen des Abkommens kommt. Dies wird insbesondere dann unumgänglich sein, wenn die mit den Beschlüssen des Parteikonventes vom 20.09.2014 und des Bundesparteitages vom 12.12.2015 gezogenen „roten Linien“ überschritten werden bzw. das Vertragswerk den dort postulierten Ansprüchen nicht genügt.

- Die SPD begrüßt, dass die ursprünglich in dem Vertragswerk vorgesehen privaten Schiedsgerichte (ISDS) nicht mehr Bestandteil des Abkommens sein werden. Er spricht sich in dem Abkommen zwischen Kanada und die EU-Staaten gegen jede Form der Sondergerichtsbarkeit für Investitionsstreitigkeiten aus.

F/ Antrag 19

Ortsverein Schramberg (Landesverband Baden-Württemberg)

Ortsverein Edelfingen (Landesverband Baden-Württemberg)

Ortsverein Leipzig-Südwest (Landesverband Sachsen)

Ortsverein Frankfurt Nordweststadt-Süd (Bezirk Hessen-Süd)

Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)

02/12 Petersburger Kiez (Landesverband Berlin)

Ortsverein Kabelsketal (Landesverband Sachsen-Anhalt)

Ortsverein Bremen-Oberneuland (Landesorganisation Bremen)

Ortsverein Bremen-Hemelingen (Landesorganisation Bremen)

Ortsverein Kellinghusen (Landesverband Schleswig-Holstein)

Ablehnung von CETA

- Wie keine andere Partei hat sich die SPD mit dem Thema Freihandel befasst. Wir nehmen daher unsere bisherige Beschlusslage zum Thema Freihandel, die ausführliche Diskussion in der Partei und die Bedenken einer sensibilisierten Öffentlichkeit, sowie zahlreicher Verbände, Interessensvertretern und Gewerkschaften ernst. Wir haben daher gewissenhaft geprüft, ob die Anforderungen, die der Bundesparteitag im Dezember 2015 und der Parteikonvent im Juni 2015 formuliert haben, von CETA erfüllt werden. CETA ist nur zustimmungsfähig, wenn es diesen Anforderungen genügt.

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass nicht alle Anforderungen eingehalten wurden und daher Nachverhandlungsbedarf besteht. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden Punkten.

Der Bundesparteitag sieht Handelsabkommen als eine Möglichkeit, die Globalisierung zu gestalten und bekräftigt, dass

Ablehnung von CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

die gestaltende Wirkung von Staat und Politik ausgehen soll. Daher hat er beschlossen, dass das Primat der Politik erhalten bleiben muss. Ebenso schreibt das
30 Hamburger Programm der SPD fest, dass die SPD auf dem Primat demokratischer Politik besteht und jegliche Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische ablehnt.

35

Der in CETA gewählte Negativlistenansatz birgt die Gefahr, dass Politik und Staaten Regelungsmöglichkeiten in nicht gelisteten Themengebieten verlieren. CETA selbst
40 legt keine Standards fest und sieht keine demokratischen Gremien vor, die eine Regulierung vornehmen könnten. Wo jedoch nationale Regulierungsmöglichkeiten beschränkt werden, ohne auf internationale Regulierung zu treffen, verliert das
45 System internationaler Handelsabkommen seine Fähigkeit, die Globalisierung zu gestalten. Um das Primat der Politik zu wahren, muss die Verantwortung zur Weiterentwicklung des Rechts daher bei den
50 Nationalstaaten und der Europäischen Union verbleiben und ist durch einen Positivistenansatz abzusichern. Ein Negativlistenansatz bedeutet im derzeitigen Abkommen langfristig: Für zukünftige, noch
55 nicht vorhersagbare Entwicklungen sind zuallererst der „Markt“ und nicht mehr Staat und Politik zuständig. Darin sehen wir die Gefahr einer Entmachtung des
60 Staates und der Politik.

CETA ist als lebendes Abkommen ausgestaltet, kann also durch das CETA Joint Committee geändert und weiterentwickelt werden (Art. 26.1 bspw. i.V.m. Art.
65 8.10 Nr. 3 für Investorenschutz), ohne dass eine Beteiligung der Parlamente oder des Europäischen Rates notwendig sind. Damit wird die politische und demokratische
70 Kontrolle der Entwicklung eines Abkommens erschwert, welches das Verhältnis zwischen Staaten und globalisierter Wirtschaft prägen soll und das Gefahren für

75 politisch sensible Bereiche bergen kann.
Auf diese Weise wird das Primat der demokratischen Politik zumindest gefährdet.

80 Der Bundesparteitag fordert für den vertraglich geregelten Schutz von Investoren ein klares Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Zu den wesentlichen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gehört die Unabhängigkeit der Gerichte. Die Auswahl der Schiedsrichter entspricht nicht rechtsstaatlichen Anforderungen insb. an die Unabhängigkeit der Richter. Dies liegt vor allem daran, dass die Richter keine feste Besoldung erhalten (Art. 8.27 Nr. 13, 14) und daher nicht ausschließlich für das Gericht tätig sein werden. Da neben beruflichen Richtern auch Personen anerkannter Kompetenz (Art. 8.27 Nr. 4), insb. Anwälte, als Richter eingesetzt werden können, ist ein Interessenskonflikt vorprogrammiert. Die Richter können daher nicht als unabhängig angesehen werden, womit rechtsstaatliche Grundsätze nicht eingehalten würden.

100 Der Bundesparteitag fordert die Verwendung präzise formulierter Rechtsbegriffe, damit die Anspruchsgrundlage des Investitionsschutzes nicht durch unklare Definitionen einem weiten Interpretationsspielraum geöffnet ist und unbegründete und unseriöse Forderungen von Investoren wirksam ausgeschlossen werden können. Die in Art. 8.7 Nr. 1 des Vertrages aufgezählten Politikbereiche genügen diesem Anspruch nicht, da sie lediglich - und einschränkend - vorschreiben, in welchen Bereichen Staaten legitime Interessen verfolgen dürfen, aber den unbestimmten Rechtsbegriff der Legitimität nicht weiter konkretisieren. Die Auslegung des Begriffs bleibt insofern den Gerichten überlassen und ist damit einer demokratischen Kontrolle entzogen. Die Macht der Investitionsgerichte wird daher nicht ausreichend durch die geforderten klaren Formulierungen und präzisen Definitionen begrenzt.

125 Damit ist, obwohl vom Bundesparteitag gefordert, auch nicht ausgeschlossen, dass Standards als nichttarifäre Handelshemmnisse angesehen und somit abgesenkt werden oder ihre Ausweitung behindert wird.

130 Der Bundesparteitag hat zudem beschlossen, dass die Vertragspartner internationale Übereinkünfte achten und umsetzen sollen, die damit legitime Ziele ihrer Politik wären. Dem Abkommen fehlt aber beispielsweise der Verweis auf das Pariser
135 Klimaabkommen und dessen Ziele zur Reduktion von Emissionen. Damit fehlt die Verbindung zur Bewältigung einer der wesentlichen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Im Sinne des Hamburger Programmes fühlt die SPD sich der Nachhaltigkeit verpflichtet. Deshalb ist klar, dass auch
140 Freihandel nur innerhalb der Grenzen stattfinden kann, die durch Ziele des Klimaschutzes definiert werden.

145 Die SPD stellt aus den angeführten Gründen fest, dass CETA die Anforderungen des Bundesparteitages nicht erfüllt und beschließt daher die folgenden Schritte:

150 • Der Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wird dazu aufgefordert, im Rat der Europäischen Union gegen CETA zu stimmen und sich stattdessen für Nachverhandlungen auszusprechen, damit sich das Abkommen innerhalb der roten Linien bewegt.

160 • Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, diese Position innerhalb der Bundesregierung zu vertreten, insb. für den Fall, dass die Entscheidung über die Ratifizierung dem Europäischen Rat übertragen wird.

165 • Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Bundestages werden aufgefordert, im Ratifizierungsverfahren gegen das Abkommen in der derzeit vorliegenden
170 Fassung zu stimmen.

F/ Antrag 20

Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Ortsverein Wetter-Volmarstein (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Ortsverein Dortmund-Kaiserhain (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Ortsverein Dortmund-Marten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Ortsverein Dortmund-Barop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Stadtverband Dortmund-Eving (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
 Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)
 Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Böbingen (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Abtsgmünd (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Mögglingen (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Leinzell (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Lauchheim Kapfenburg (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Besigheim (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Weinsberg (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Schussenried (Landesverband Baden-Württemberg)
 Kreisverband Sigmaringen (Landesverband Baden-Württemberg)
 Ortsverein Frankfurt Sachsenhausen (Bezirk Hessen-Süd)
 Ortsverein Wabern (Bezirk Hessen-Nord)
 Ortsverein Siedlung Ziebigk (Landesverband Sachsen-Anhalt)
 Ortsverein Dessau Süd (Landesverband Sachsen-Anhalt)
 Ortsverein Gifhorn (Bezirk Braunschweig)
 Ortsverein Hannover Vahrenwald (Bezirk Hannover)

CETA

Die SPD lehnt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ab. Es steht in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents aus dem Jahre 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen zulasten des Gemeinwohls und zulasten von ArbeitnehmerInnen, Verbraucherinnen und der Umwelt.

- 5
- 10
- 15
- 20

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

25 Daher müssen sowohl der Bundestag als
auch der Bundesrat in den gesetzgeberi-
schen Ratifizierungsprozess durch ein Zu-
stimmungsgesetz von CETA einbezogen
werden. Alles andere ist ein Wortbruch der
Bundesregierung gegenüber den Bürge-
rinnen und Bürgern, den die SPD nicht
30 mittragen wird.

Gerade nach dem Votum für den Brexit in
Großbritannien ist der Versuch, die natio-
35 nalen Parlamente in dem Gesetzgebungs-
prozess zu CETA auszuschalten, ein Af-
front gegen die Demokratie, der die Ver-
trauenskrise gegenüber der Europäischen
Union verschärft.

40 CETA steht insbesondere aus folgenden
Gründen im Widerspruch zur Beschlussla-
ge der Partei:

1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsge-
45 richter, die einseitig die Interessen von In-
vestoren schützen sollen. Auch die Verän-
derungen im Verfahrensrecht in Bezug auf
frühere private Schiedsgerichte ändern
nichts an dem grundlegenden Problem,
50 dass große Unternehmen Staaten verklagen
können soweit sie sich nicht „gerecht
und billig“ behandelt fühlen. Ein gleich-
wertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen,
VerbraucherInnen und dem Schutz der
Umwelt ist nicht vorgesehen. Daher füh-
55 ren Schiedsgerichte, die einseitig die Inte-
ressen von Unternehmen schützen, zu
einem Ungleichverhältnis zugunsten des
Kapitals und zulasten der Arbeitnehme-
rInnen. Bei Abkommen zwischen Staaten,
60 die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind
Schiedsgerichte überflüssig.

2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit
der Parlamente ein, wenn große Unter-
65 nehmen bei Gesetzesvorhaben beispiels-
weise zum Schutz der Umwelt oder bei
Mindestlohnregelungen mit hohen Scha-
denersatzansprüchen vor Schiedsgerich-
ten drohen können. Die Klagen von großen
Unternehmen gegen Staaten vor Schieds-
70 gerichten sind in den letzten Jahren deut-

lich gestiegen. Weiter wird das Recht der Parlamente eingeschränkt, wenn „Gemeinsame Ausschüsse“ („Joint Committees“) mit Mitgliedern aus der EU und Kanada das Recht erhalten sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige Behandlung“ zu bestimmen.

75

3. Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufgegeben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären.

80

85

90

4. Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO-Kernarbeitsnormen: Das Mindestalter für die Zulassung von Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für männliche und weibliche Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO-Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

95

100

5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden. Es werden lediglich die Sektoren aufgeführt, die nicht privatisiert werden sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der Daseinsvorsorge. Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird zum Beispiel das „In-House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den Öffentlichen-Personen-Verkehr an öffentliche Busun-

105

110

115

- 120 ternehmen vergeben können, in Frage gestellt. Rekommunalisierungen von jenen privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Forderung, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.

F/ Antrag 21*Ortsverein Zerbst (Landesverband Sachsen-Anhalt)**Ortsverein Köthen (Landesverband Sachsen-Anhalt)**Ortsverein Osternienburger Land (Landesverband Sachsen-Anhalt)**Ortsverein Dessau 1 (Landesverband Sachsen-Anhalt)**Kreisverband Anhalt-Bitterfeld (Landesverband Sachsen-Anhalt)***CETA**

Die SPD spricht sich nachdrücklich gegen das Freihandelsabkommen CETA aus.

Sie erwartet von allen SPD- Landtagsabgeordneten sowie SPD- MinisterInnen und StaatssekretärInnen sich in SPD- Gremien des Landes Sachsen -Anhalt sowie des Bundes und im Bundesrat für eine Ablehnung von CETA einzusetzen und von allen SPD- Bundestagsabgeordneten im Bundestag mit „Nein“ zu stimmen.

5

10

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 22*Ortsverein Dortmund-Brackel-Wambel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)**Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)**Ortsverein Wilhelmsdorf (Landesverband Baden-Württemberg)**Ortsverein Tamm (Landesverband Baden-Württemberg)**Kreisverband Ulm (Landesverband Baden-Württemberg)**Ortsverein Wabern (Bezirk Hessen-Nord)***CETA reißt unsere roten Linien**

Im September 2014 und auf dem Bundesparteitag 2015 hat die SPD 14 rote Linien beschlossen, deren Einhaltung für eine Zustimmung der Partei zu den Freihandelsverträgen TTIP und CETA notwendig waren.

5

CETA reißt unsere roten Linien

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

Wir erkennen an, dass in der Folge durch Nachverhandlungen mit der neuen kanadi-

- 10 schen Regierung Verbesserungen in CETA erreicht werden konnten. Unglücklicherweise konnte nur das Kapitel zum Investitionsrecht erneut verhandelt werden, während andere Punkte anscheinend nicht aufgegriffen wurden. Es ist erfreulich, dass die Initiative mehrerer sozialdemokratischer Minister zu einer Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofes aufgegriffen wurde. Allerdings wurden zentrale Vorgaben in CETA nicht umgesetzt:
- 15
- 20
- Zwar sollen zukünftig die RichterInnen des Tribunals von den Vertragsparteien benannt werden, nicht mehr vom Kläger, aber sie erhalten einen Großteil ihres Gehalts weiterhin pro Fall, nicht durch eine ständige Vergütung. Sowohl Ernennung als auch Vergütung entsprechen nicht den internationalen Standards zur Unabhängigkeit von RichterInnen.
- 25
- Der Konventsbeschluss formulierte eindeutig, dass unsichere Rechtsbegriffe wie „faire und gerechte Behandlung“ und „indirekte Enteignung“ abzulehnen sind. Diese Begriffe finden sich auch im aktualisierten CETA. Der Versuch, sie mit weiteren unbestimmten Rechtsbegriffen zu definieren, bringt kaum Verbesserungen.
- 30
- Das Verhältnis zum nationalen Rechtsweg bleibt problematisch. CETA enthält keine Klausel, dass der nationale Rechtsweg ausgeschöpft werden muss, bevor ein Verfahren vor einem Schiedstribunal angestrebt wird.
- 35
- Das Verfahren vor dem Tribunal ist weiterhin nur für ausländische Investoren offen, für die damit eigens eine Sondergerichtsbarkeit geschaffen ist. ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften haben diese Möglichkeit nicht. Für Verletzung der Arbeits- und Sozialstandards steht überhaupt kein Streitschlichtungsmechanismus in CETA bereit. Dieser ist explizit für das Kapitel zu Handel und Arbeit ausgenommen.
- 40
- 45
- 50
- 55

Weitere Vorgaben der beschlossenen roten Linien werden nicht umgesetzt:

- 60 • Zwar sollen Vertragspartner die Arbeits- und Sozialstandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen umsetzen. Allerdings gibt es keinerlei Sanktionsmechanismus, wenn sie dies nicht tun oder
- 65 wenn gegen die Kernarbeitsnormen verstoßen wird.
- Die Liberalisierung von Dienstleistungen wird in CETA über einen Negativlistenansatz verfolgt. Dieser stellt keinen effektiven Schutz der öffentlichen Da-
- 70 seinsvorsorge dar, da somit evtl. nicht aufgeführte Dienstleistungen einem Liberalisierungszwang unterstehen.
- CETA enthält keinerlei Klausel, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen und Kündigung ermöglicht.
- 75 Eine Kündigung des Vertrages ist nur mit einer Frist von 20 Jahren möglich, in denen das Investitionsschutzkapitel weiter besteht.

80 Trotz Verbesserungen sind viele der von uns aufgestellten Forderungen nicht im CETA-Text enthalten. Das so vorgelegte Abkommen bietet keinen ausreichenden Schutz für

85 ArbeitnehmerInnen, die VerbraucherInnen, die Umwelt und die öffentliche Daseinsvorsorge. Unter diesen Bedingungen fordern wir die SPD-VertreterInnen im Rat, im Europäischen Parlament und im Bundestag auf,

90 das Abkommen abzulehnen.

F/ Antrag 23

Ortsverein Seefeld (Bezirk Weser-Ems)

Antrag zum geplanten Freihandelsabkommen CETA

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel wirkt in der Bundesregierung darauf hin, dass das Handelsabkommen CETA mit Kanada vom Deutschen Bundestag nicht ratifiziert wird.

5 Die SPD-Bundestagsfraktion stimmt gegen die Ratifizierung. Das Abkommen darf auch nicht vorläufig in Kraft gesetzt werden.

Antrag zum geplanten Freihandelsabkommen CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 24*Ortsverein M-Allach-Untermenzing (Landesverband Bayern)**Ortsverein München Pasing (Landesverband Bayern)**Ortsverein M-Neuhausen (Landesverband Bayern)**Ortsverein M-Schwanthalerhöf (Landesverband Bayern)***Kein vorläufiges In-Kraft-setzen von CETA**

Die Mandatsträger der SPD werden aufgefordert, beim jetzigen Stand ein "vorläufiges" In-Kraft-Setzen abzulehnen. Die SPD setzt sich stattdessen für einen Neubeginn ein, bei dem die Interessen von Arbeitnehmern, Umwelt- und Verbraucherschützern im Vordergrund stehen, und nicht nur die von Investoren. Dabei müssen die Auswirkungen auf Schwellenländer und Länder der Dritten Welt ebenfalls berücksichtigt werden.

5

10

Kein vorläufiges In-Kraft-setzen von CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 25*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Verschiebung von CETA**

Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton hält nach ihrem Buch „Entscheidungen“ Freihandelsverträge nur für sinnvoll, wenn es mehr Arbeitnehmerrechte beiderseits des Atlantiks und eine Stärkung der Gewerkschaften gibt. Zudem lehnt sie private Schiedsgerichte wegen des Missbrauchs ab. Um ein Auspielen von Freihandelsverträgen zu vermeiden, wird die SPD bis zum Abschluss der Verhandlungen mit den USA dafür sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Rat und im Bundestag gegen den CETA Vertrag stimmt und nachher nach Überarbeitung neu bewertet.

5

10

15

Verschiebung von CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 26*Ortsverein Treuchtlingen (Landesverband Bayern)**Ortsverein Stuttgart-Degerloch (Landesverband Baden-Württemberg)***CETA**

Die SPD lehnt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ab. Es steht in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents aus dem Jahre 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen zulasten des Gemeinwohls und zulasten von Arbeitnehmer*innen, Verbraucher*innen und der Umwelt.

5

Die SPD lehnt es ab, CETA ohne Zustimmung von Bundestag und Bundesrat in Kraft zu setzen oder vorläufig anzuwenden.

10

CETA ist ein „gemischtes“ und kein „rein europäisches“ Abkommen. Es greift tief in die Gesetzgebung der nationalen Parlamente ein. Insbesondere die Einrichtung von Schiedsgerichten (Tribunale) greift in die nationale Eigentums- und Gerichtsordnung ein. Daher müssen sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat in den gesetzgeberischen Ratifizierungsprozess durch ein Zustimmungsgesetz von CETA einbezogen werden. Alles andere ist ein Wortbruch der Bundesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den die SPD nicht mittragen wird. Gerade nach dem Votum für den Brexit in Großbritannien ist der Versuch, die nationalen Parlamente in dem Gesetzgebungsprozess zu CETA auszuschalten, ein Affront gegen die Demokratie, der die Vertrauenskrise gegenüber der Europäischen Union verschärft.

20

25

30

CETA steht insbesondere aus folgenden Gründen im Widerspruch zur Beschlusslage der Partei:

35

1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Investoren schützen sollen. Auch die Veränderungen im Verfahrensrecht in Bezug auf frühere private Schiedsgerichte ändern nichts an dem grundlegenden Problem, dass große

40

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

45 Unternehmen Staaten verklagen können
soweit sie sich nicht „gerecht und billig“
behandelt fühlen. Ein gleichwertiger Schutz
für Arbeitnehmer*innen, Verbraucher*innen
und die Umwelt ist nicht vorgesehen. Daher
führen Schiedsgerichte, die einseitig die
50 Interessen von Unternehmen schützen, zu
einem Ungleichverhältnis zugunsten des
Kapitals und zulasten der Arbeitneh-
mer*innen. Bei Abkommen zwischen Staa-
ten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten,
55 sind Schiedsgerichte überflüssig.

2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit
der Parlamente ein, wenn große Unterneh-
men bei Gesetzesvorhaben beispielsweise
zum Schutz der Umwelt oder bei Mindest-
60 lohnregelungen mit hohen Schadenersatz-
ansprüchen vor Schiedsgerichten drohen
können. Die Klagen von großen Unterneh-
men gegen Staaten vor Schiedsgerichten
sind in den letzten Jahren deutlich gestie-
65 gen. Weiter wird das Recht der Parlamente
eingeschränkt, wenn „Gemeinsame Aus-
schüsse“ („Joint Committees“) mit Mitglie-
dern aus der EU und Kanada das Recht er-
halten sollen, zum Beispiel ungeklärte
70 Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige
Behandlung“ zu bestimmen.

3. Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufge-
geben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt
75 dafür, dass Produkte erst dann auf den
Markt gelangen können, wenn es keine Ri-
siken für die Verbraucher*innen gibt. In Ka-
nada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach
dürfen Produkte erst vom Markt genommen
werden, wenn wissenschaftlich nachgewie-
80 sen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder
die Umwelt schädlich sind. Daher besteht
das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf
den europäischen Markt gelangen, die in
der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zu-
85 gelassen wären.

4. Kanada akzeptiert lediglich sechs von
acht ILO-Kernarbeitsnormen: Das Mindest-
alter für die Zulassung von Beschäftigung
und die Gleichheit des Entgelts für männli-
90 che und weibliche Arbeitskräfte sind nicht
Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO-

Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

95 5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden. Es werden lediglich die Sektoren aufgeführt, die nicht privatisiert werden sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der Daseinsvorsorge. Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird zum Beispiel das „In-House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den Öffentlichen-Personen-Verkehr an öffentliche Busunternehmen vergeben können, in Frage gestellt. Rekommunalisierungen von jenen privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Forderung, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.

110 6. Vollständig abzulehnen ist auch das in weiten Teilen intransparente und antidemokratische Verfahren, durch das CETA zustande kam. Auch deshalb ist CETA abzulehnen.

125 Aus den genannten Gründen fordert die SPD den Parteikonvent am 19.09.2016 auf, sich ohne Wenn und Aber gegen das CETA-Abkommen auszusprechen.

130 Wir fügen hinzu, dass bei einem anderen Votum die große Gefahr droht, dass die SPD bundesweit weitere Mitglieder und Zustimmung bei den Wähler*innen verliert.

135 Die sog. SPD-Basis ist in ihrer großen Mehrheit dagegen, CETA ebenso wie TTIP oder TISA zu verabschieden. Dies gilt verstärkt, seit durch WiKi-Leaks weitere Machenschaften im Zusammenhang mit diesen sog.

140 Freihandelsabkommen bekannt geworden sind.

F/ Antrag 27

Ortsverein Neuss-Stadtmitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

CETA

Die SPD lehnt das ausgehandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ab. Es steht in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents aus dem Jahre 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen zulasten des Gemeinwohls und zulasten von ArbeitnehmerInnen, Verbraucherinnen und der Umwelt.

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

5

10

CETA ist ein „gemischtes“ und kein „rein europäisches“ Abkommen. Es greift tief in die Gesetzgebung der nationalen Parlamente ein. Insbesondere die Einrichtung von Schiedsgerichten (Tribunale) greift in die nationale Eigentums- und Gerichtsordnung ein.

15

20

Daher müssen sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat in den gesetzgeberischen Ratifizierungsprozess durch ein Zustimmungsgesetz von CETA einbezogen werden. Alles andere ist ein Wortbruch der Bundesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den die SPD nicht mittragen wird.

25

30

Gerade nach dem Votum für den Brexit in Großbritannien war schon der Versuch, die nationalen Parlamente in dem Gesetzgebungsprozess zu CETA auszuschalten, ein Affront gegen die Demokratie, der die Vertrauenskrise gegenüber der Europäischen Union verschärft hat.

35

CETA steht insbesondere aus folgenden Gründen im Widerspruch zur Beschlusslage der Partei:

40

1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von

Investoren schützen sollen. Auch die
Veränderungen im Verfahrensrecht in
Bezug auf frühere private Schiedsgerichte ändern nichts an dem grundlegenden Problem, dass große Unternehmen Staaten verklagen können soweit sie sich nicht „gerecht und billig“ behandelt fühlen. Ein gleichwertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und dem Schutz der Umwelt ist nicht vorgesehen. Daher führen Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Unternehmen schützen, zu einem Ungleichverhältnis zugunsten des Kapitals und zulasten der ArbeitnehmerInnen. Bei Abkommen zwischen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind Schiedsgerichte überflüssig und daher abzulehnen.

2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein, wenn Unternehmen bei Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder bei Mindestlohnregelungen mit hohen Schadensersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können. Die Klagen von Unternehmen gegen Staaten vor Schiedsgerichten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Weiter wird das Recht der Parlamente eingeschränkt, wenn „Gemeinsame Ausschüsse“ („Joint Committees“) mit Mitgliedern aus der EU und Kanada das Recht erhalten sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige Behandlung“ zu bestimmen.

3. Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufgegeben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass sie für Menschen,

- 90 Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären.
- 95 4. Kanada muss alle acht ILO-Kernarbeitsnormen akzeptieren.
5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden. Es werden lediglich die Sektoren aufgeführt, die nicht privatisiert werden sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der Daseinsvorsorge.
- 100 Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird bspw. das „In-House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr an öffentliche Busunternehmen vergeben können, in Frage gestellt. Rekommunalisierungen von jenen privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Forderung, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.
- 105
- 110
- 115
- 120
- 125

F/ Antrag 28

04/98 Wilmersdorf-Nord (Landesverband Berlin)

Ablehnung CETA

Die SPD lehnt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) in der vorliegenden Fassung (Vorschlag für einen Beschluss des Rates vom 05.07.2016 – Straßburg - COM(2016) 444 final) ab.

5

Ablehnung CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 29*Ortsverein Magdeburg-Reform/Südost (Landesverband Sachsen-Anhalt)***CETA**

5 Im September 2014 und auf dem Bundesparteitag 2015 hat die SPD 14 rote Linien beschlossen, deren Einhaltung für eine Zustimmung der Partei zu den Freihandelsverträgen TTIP und CETA notwendig waren. Trotz Verbesserungen sind viele der von uns aufgestellten Forderungen nicht im CETA-Text enthalten. Das so vorgelegte Abkommen bietet keinen ausreichenden Schutz für Arbeitnehmerinnen, die Verbraucherinnen, die Umwelt und die öffentliche Daseinsvorsorge. Unter diesen Bedingungen empfiehlt der Parteikonvent den SPD-Vertreter/innen im Rat, im Europäischen Parlament und im Bundestag, das CETA Abkommen abzulehnen.

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

F/ Antrag 30*Ortsverein Bungerhof-Hasbergen (Bezirk Weser-Ems)***CETA**

5 Der Parteikonvent möge beschließen, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzt, dass die in dem Freihandelsabkommen CETA vorgesehenen Lock-In-Klauseln ersatzlos gestrichen werden. Anderenfalls darf die SPD-Bundestagsfraktion diesem Abkommen nicht zustimmen.

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

Antragsbereich F/ Antrag 31*Kreisverband Schweinfurt Stadt (Landesverband Bayern)***CETA**

5 Das Freihandelsabkommen CETA ist seit Beginn 2016 fertig ausverhandelt und liegt seit Juli 2016 in allen Amtssprachen der EU auf dem Tisch. Somit hat CETA endgültig Gestalt angenommen und kann ohne weitere Verzögerung bewertet werden.

CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

10 Der SPD-Parteikonvent lehnt CETA ab,
denn es steht in wesentlichen Punkten im
Widerspruch zum Beschluss des Partei-
konvents vom 20. September 2014. Insgesamt
bevorzugt CETA private Gewinninteressen
15 zulasten des Gemeinwohls und
zulasten von ArbeitnehmerInnen, Ver-
braucherInnen und der Umwelt.

CETA greift tief in die Gesetzgebung der
nationalen Parlamente ein, insofern ist die
20 Ankündigung der Europäischen Kommis-
sion CETA als „gemischtes Abkommen“ zu
behandeln, richtig.

CETA hat das Ziel die maximale Liberalisie-
25 rung der Märkte bei gleichzeitigem beson-
deren Schutz der Investoren zu erreichen.
Es besteht die Gefahr, dass das Kräftever-
hältnis auf beiden Seiten des Atlantiks
zugunsten global agierender Konzerne
30 verschoben wird. Der Mehrwert für die
Gesellschaft ist fraglich, die Gefahren hin-
gegen groß. Für uns als Basis der SPD ist
dieses Abkommen ein weiterer Schritt in
die falsche Richtung.

35 CETA steht insbesondere aus folgenden
Gründen im Widerspruch zur Beschlussla-
ge der SPD und sollte deshalb abgelehnt
werden:

40 1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsge-
richte, die einseitig die Interessen von In-
vestoren schützen sollen. Auch die Verän-
derungen im Verfahrensrecht in Bezug auf
frühere private Schiedsgerichte ändern
45 nichts an dem grundlegenden Problem,
dass große Unternehmen Staaten verklagen
können, soweit sie sich nicht „gerecht
und billig“ behandelt fühlen. Ein gleich-
wertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen,
50 VerbraucherInnen und dem Schutz der
Umwelt ist nicht vorgesehen. Daher füh-
ren Schiedsgerichte, die einseitig die Inte-
ressen von Unternehmen schützen, zu
einem Ungleichverhältnis zugunsten des
55 Kapitals und zulasten der Arbeitnehme-
rInnen. Bei Abkommen zwischen Staaten,

die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind parallel anwendbare Schiedsgerichte überflüssig.

60 2.CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein, wenn große Unternehmen bei Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder bei
65 Mindestlohnregelungen mit hohen Schadenersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können. Die Klagen von großen Unternehmen gegen Staaten vor Schiedsgerichten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Weiter wird das Recht der
70 Parlamente eingeschränkt, wenn „Gemeinsame Ausschüsse“ („Joint Committees“) mit Mitgliedern aus der EU und Kanada das Recht erhalten sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie
75 „gerechte und billige Behandlung“ zu bestimmen.

3.Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufgegeben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf
80 den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich
85 nachgewiesen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem
90 Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären.

4.Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO-Kernarbeitsnormen: Das Mindestalter für die Zulassung von Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für
95 männliche und weibliche Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO-Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

5.Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grund-

105 sätzlich fällt alles unter den Zwang, den
Marktprinzipien unterworfen zu werden.
Es werden lediglich die Sektoren aufge-
führt, die nicht privatisiert werden sollen.
Das hat weitreichende Auswirkungen für
110 die Organisation der Daseinsvorsorge. Hier
wird die Entscheidungsfreiheit regionaler
Körperschaften teilweise eingeschränkt.
So wird zum Beispiel das „In-House-
Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise
115 oder Städte den Öffentlichen-Personen-
Verkehr an öffentliche Busunternehmen
vergeben können, in Frage gestellt.
Rekommunalisierungen von jenen privati-
sierten Unternehmen, die im Anhang des
120 CETA-Textes aufgeführt sind, werden aus-
geschlossen. CETA enthält somit große
Risiken für die öffentliche Daseinsvor-
sorge. Die Forderung, die öffentliche Daseins-
vorsorge von CETA auszunehmen, wird
125 nicht erfüllt.

a) Es darf keine sozialdemokratische Zu-
stimmung im Rahmen der Billigung des
Abkommens im Ministerrat geben. Die
130 Bundesrepublik Deutschland muss CETA
im Ministerrat die rote Karte zeigen. Lu-
xemburg geht mit gutem Beispiel voran.
Unser Parteivorsitzender, Wirtschafts-
minister und Vizekanzler Sigmar Gabriel
135 trägt eine besondere Verantwortung da-
für, dass die deutsche Stimme im Minis-
terrat CETA nicht unterstützt.

b) Es darf keine sozialdemokratische Zu-
stimmung für die vorläufige Anwendung
140 des Abkommens im Ministerrat geben. Es
entspricht der üblichen Praxis, dass die
Europäische Kommission dem Ministerrat
vorschlägt, die vorläufige Anwendung für
Handelsabkommen zu beschließen. Auch
145 bei CETA wird dies der Fall sein. Bei einem
gemischten Abkommen bedeutet dies,
dass alle europäischen Teile bereits nach
einer positiven Abstimmung im Europäi-
schen Parlament ihre vorläufige Anwen-
150 dung finden. Unser Parteivorsitzender,
Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sig-
mar Gabriel trägt eine besondere Verant-

wortung dafür, dass die deutsche Stimme im Ministerrat die vorläufige Anwendung nicht unterstützt.

155 c) Es darf keine Zustimmung der SPD-Europaabgeordneten zu CETA geben. Durch den Vertrag von Lissabon liegt die Abstimmungshoheit über europäische
160 Handelsverträge beim Europäischen Parlament und dem Ministerrat. Das Europäische Parlament hat in seiner Resolution am 8. Juli 2015 „rote Linien“ beschlossen, die sowohl für TTIP (Transatlantic Trade
165 and Investment Partnership) als auch für alle anderen zukünftigen Handelsabkommen gelten sollen. CETA ist bereits fertig ausverhandelt und überschreitet diese „roten Linien“ an verschiedenen Stellen.
170 Alle deutschen Europaabgeordneten tragen für die Einhaltung dieser selbstauferlegten Linien Verantwortung. Für die Abgeordneten der SPD-Gruppe zeigen die Linien des SPD-Parteikonvents zusätzlich
175 die Abstimmungsrichtung an. Die Hauptverantwortung liegt in den Händen der Abgeordneten im Europäischen Parlament.

d) Es darf keine sozialdemokratische Zustimmung zur Ratifizierung von CETA durch den Bundestag und den Bundesrat in Deutschland geben. Der Bundestag und der Bundesrat müssen bei einem „gemischten Abkommen“ mitentscheiden.
180 Diese Ratifizierung könnte jedoch erst mehrere Jahre nach der vorläufigen Inkraftsetzung erfolgen. Daher müssen die SPD-Abgeordneten im Bundestag die Ratifizierung von CETA ablehnen.
185

F/ Antrag 32

Ortsverein Brechen (Bezirk Hessen-Süd)

CETA ablehnen

Das BMWI führt zur Erläuterung von CETA auf seiner Internetseite auf:

- „Fast keine Zölle mehr für Industriegüter, ein deutlich besserer Zugang zum kanadischen Markt für europäische Un-

5

CETA ablehnen

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

ternehmen.....“

- „Ein gemeinsames Handels- und Investitionsabkommen soll diese guten Beziehungen noch weiter stärken.....“
- 10 • „Über 99 Prozent der Zölle zwischen den beiden Volkswirtschaften werden mit dem geplanten Handelsabkommen CETA abgebaut.....“
- 15 • „Mit CETA ist es gelungen, ein Freihandelsabkommen auszuhandeln, welches Regulierungsspielräume für die nationalen Parlamente erhält. Die Präambel des Abkommens bekennt sich zur nachhaltigen Entwicklung und nennt Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltschutz als Ziele. CETA ermöglicht somit auf der einen Seite eine Marktöffnung, von der Unternehmen und Bürger profitieren, und auf der anderen Seite den Schutz nationaler Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltschutzstandards.“
- 20
- 25 • „Investitionsschutzverträge sichern Investoren, die im Ausland Direktinvestitionen tätigen, rechtlichen Schutz im Gaststaat zu....“
- 30 • „Das heißt konkret: Das Vorsorgeprinzip darf angewendet werden, wenn es Hinweise darauf gibt, dass ein Schaden möglich ist, aber wissenschaftliche Unsicherheit besteht. Das heißt aber auch, dass es zumindest belastbare wissenschaftliche Hypothesen geben muss und die Anwendung des Vorsorgeprinzips einer Risikobewertung folgt....“
- 35
- 40

Einiges davon hört sich zunächst gut an. Doch bei genauerer Prüfung, insbesondere bei der Beschreibung des Vorsorgeprinzips und der Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltschutzrechte zeigt sich, dass SPD-Grundsätze überschritten sind. Das geplante Freihandelsabkommen CETA steht in Widerspruch zu der Beschlusslage der SPD aus dem Jahr 2014. Den Interessen von Industrie und Kapital wird gegenüber den Interessen von europäischen ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und unseren rechtsstaatlichen Instrumenten und Institu-

tionen der Vorrang gegeben.

55

1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Investoren schützen sollen. Auch die Veränderungen im Verfahrensrecht in Bezug auf frühere private Schiedsgerichte ändern nichts an dem grundlegenden Problem, dass große Unternehmen Staaten verklagen können, soweit sie sich nicht „gerecht und billig“ behandelt fühlen. Ein gleichwertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und dem Schutz der Umwelt fehlt hingegen. Daher führen Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Unternehmen schützen, zu einem Ungleichverhältnis zugunsten des Kapitals und zulasten der ArbeitnehmerInnen. Bei Abkommen zwischen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind Schiedsgerichte überflüssig.

60

65

70

75

80

85

90

2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein. Dann nämlich, wenn große Unternehmen bei Gesetzesvorhaben, beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder bei Mindestlohnregelungen, mit hohen Schadenersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können. Die Klagen von großen Unternehmen gegen Staaten vor Schiedsgerichten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das Recht der Parlamente wird zusätzlich damit eingeschränkt, dass „Gemeinsame Ausschüsse“ („Joint Committees“) mit Mitgliedern aus der EU und Kanada das Recht erhalten sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige Behandlung“ zu bestimmen.

95

100

3. Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufgegeben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf

den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären. Das strengere europäische Vorsorgeprinzip wird zugunsten der riskanteren kanadischen Nachsorgeprinzipregelung verlassen.

105
110
115 4. Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO-Kernarbeitsnormen: Das Mindestalter für die Zulassung von Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für männliche und weibliche Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO-Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

120
125
130
135
140 5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden. Es werden lediglich die Sektoren aufgeführt, die nicht privatisiert werden sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der Daseinsvorsorge. Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird zum Beispiel das „In-House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den Öffentlichen-Personen-Verkehr an öffentliche Busunternehmen vergeben können, in Frage gestellt. Rekommunalisierungen von jenen privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Forderung, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.

145 Die SPD wird sich nicht daran beteiligen die Freiheit und damit verbunden, die politische und ökonomische Macht des weltweiten Kapitals zu vermehren, indem es die Unabhängigkeit von Arbeitnehmern, Betriebsräten und Gewerkschaften einschränkt. Einem vorläufigen In-Kraft-Setzen von CETA

150 und einer damit verbundenen Aushöhlung
rechtsstaatlicher Prinzipien in Deutschland
und Europa stimmt die SPD nicht zu. Bun-
destag und Bundesrat sind in den gesetzge-
berischen Ratifizierungsprozess von CETA
155 durch ein Zustimmungsgesetz einzubezie-
hen. Jeglicher Versuch, nationale Parlamen-
te an dem Abstimmungsprozess zu CETA
nicht teilnehmen zu lassen wird als nicht
demokratisch bewertet und ist daher abzu-
160 lehnen.

F/ Antrag 33

Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)

CETA und „Rote Linien“

1. Der Parteivorstand und die Abgeordne-
ten im Bundestag sowie im Europaparla-
ment werden im Interesse der Glaubwür-
digkeit der Partei aufgefordert, die Zu-
5 stimmung zu CETA davon abhängig zu
machen, dass die im Beschluss des Partei-
konvents vom 20.September 2014 und des
Bundesparteitags vom 10.-12. Dezember
2015 bestimmten „Roten Linien“

10 • gute europäische Schutzstandards
dürfen nicht sinken (bei Arbeitnehmer-
und Verbraucherschutz, beim Daten-
schutz, bei Kultur und öffentlicher Da-
seinsvorsorge)

15 • ein transparenter Prozess (am Ende
müssen alle Parlamente und das Euro-
päische Parlament zustimmen

20 • keine undemokratischen Schiedsge-
richte oder ähnliche demokratieaus-
hebelnde Verfahren

in aller Konsequenz beachtet und nicht zu
rosa Linien verwässert werden. Das gilt
insbesondere in Hinblick auf die Einrich-
tungen, die demokratieaushebelnde Wir-
25 kungen entfalten können, wie z. b.
Schieds-gerichtsverfahren und das In-
strument der regulatorischen Kooperation.

30 2. Die Mitglieder der Bundesregierung
werden aufgefordert, eine vorläufige An-
wendung des Abkommens durch den EU-

CETA und „Rote Linien“

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivor-
standes

Ministerrat abzulehnen, soweit davon Regelungen betroffen sind, die gegen die beschlossenen „Roten Linien“ verstoßen.

F/ Antrag 34

Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)

CETA: Es bleiben rote Linien!

Die SPD lehnt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ab. Es steht in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents aus dem Jahre 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen zulasten des Gemeinwohls und zulasten von ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und der Umwelt.

5

10

CETA ist ein „gemischtes“ und kein „rein europäisches“ Abkommen. Es greift tief in die Gesetzgebung der nationalen Parlamente ein. Insbesondere die Einrichtung von Schiedsgerichte (Tribunale) greift in die nationale Eigentums- und Gerichtsordnung ein.

15

20

Daher müssen sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat in den gesetzgeberischen Ratifizierungsprozess durch ein Zustimmungsgesetz von CETA einbezogen werden.

25

Die SPD lehnt es ab, CETA vorläufig anzuwenden.

30

Da trotz Verbesserungen in Nachverhandlungen weiterhin „Rote Linien des Parteikonvents aus dem Jahre 2014“ nicht eingehalten werden, fordern wir die SPD-VertreterInnen im Rat, im Europäischen Parlament, im Bundestag und in den Ländern/Landesregierungen auf, das Abkommen abzulehnen.

35

Im September 2014 und auf dem Bundesparteitag 2015 hat die SPD 14 rote Linien beschlossen, deren Einhaltung für eine Zustimmung der Partei zu den Freihan-

CETA: Es bleiben rote Linien!

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

40 delsverträgen TTIP und CETA für notwendig erachtet wurden.

Wir erkennen an, dass in der Folge durch Nachverhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung Verbesserungen in CETA erreicht werden konnten. Unglücklicherweise konnte nur das Kapitel zum Investitionsrecht erneut verhandelt werden, während andere Punkte anscheinend nicht aufgegriffen wurden. Es ist erfreulich, dass die Initiative mehrerer sozialdemokratischen Minister zu einer Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofes aufgegriffen wurde. Allerdings wurden zentrale Vorgaben in CETA nicht umgesetzt. Wir verweisen hierzu besonders auf die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen NRW (ASJ NRW) und die Stellungnahme des DGB zur aktualisierten Version des EU-Freihandelsabkommens mit Kanada nach dem Prozess der Rechtsförmlichkeitsprüfung.

65 CETA steht insbesondere aus folgenden Gründen im Widerspruch zur Beschlusslage der Partei:

1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Investoren schützen sollen. Auch die Veränderungen im Verfahrensrecht in Bezug auf frühere private Schiedsgerichte ändern nichts an dem grundlegenden Problem, dass große Unternehmen Staaten verklagen können soweit sie sich nicht „gerecht und billig“ behandelt fühlen. Ein gleichwertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und dem Schutz der Umwelt ist nicht vorgesehen. Daher führen Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von Unternehmen schützen, zu einem Ungleichverhältnis zugunsten des Kapitals und zulasten der ArbeitnehmerInnen. Bei Abkommen zwischen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind Schiedsgerichte überflüssig.

- 90 2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein, wenn große Unternehmen bei Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder bei Mindestlohnregelungen mit hohen Schadenersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können. Die Klagen von großen
- 95 Unternehmen gegen Staaten vor Schiedsgerichten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Weiter wird das Recht der Parlamente eingeschränkt, wenn „Gemeinsame Ausschüsse“ („Joint Committees“) mit Mitgliedern aus der EU und
- 100 Kanada das Recht erhalten sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige Behandlung“ zu bestimmen.
- 105 3. Das Vorsorgeprinzip wird in CETA aufgegeben. Das Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen gibt.
- 110 In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich
- 115 sind. Daher besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen wären.
- 120 4. Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO-Kernarbeitsnormen: Das Mindestalter für die Zulassung von Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für männliche und weibliche Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die
- 125 SPD sind ILO-Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.
- 130 5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den Positivlistenansatz. Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber der Negativlistenansatz angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden.
- 135 Es werden lediglich die Sektoren auf-

geführt, die nicht privatisiert werden sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der Daseinsvorsorge. Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird zum Beispiel das „In-House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den Öffentlichen-Personen-Verkehr an öffentliche Busunternehmen vergeben können, in Frage gestellt. Rekommunalisierungen von jenen privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Forderung, die öffentliche Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.

F/ Antrag 35

Unterbezirk Günzburg (Landesverband Bayern)

TTIP & CETA stoppen

Nach der Veröffentlichung bisher geheimer TTIP-Dokumente, die unsere Befürchtungen noch übertroffen haben, ist es höchste Zeit, dass die SPD zu TTIP und CETA klar und eindeutig Farbe bekennt. Im Interesse unserer Glaubwürdigkeit ist ein weiteres Taktieren deshalb nicht weiter tragbar. Es wird doch immer deutlicher, dass die Bedingungen, die die SPD für diese Freihandelsabkommen formuliert hat, nicht einmal ansatzweise erfüllt werden. Wir erwarten deshalb, dass sich die SPD klar gegen TTIP und CETA ausspricht.

TTIP & CETA stoppen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

F/ Antrag 36

Ortsverein Porta Westfalica-Barkhausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Beratung TTIP und CETA

1. Die SPD fordert alle SPD Entscheidungsträger auf, die Zustimmung zu den Handelsabkommen TTIP verweigern.
2. Auch das Handelsabkommen CETA

Beratung TTIP und CETA

Überweisung an Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des Beschlusses IA 8 des Bundesparteitages 2015 sowie teilweise erledigt durch Regierungshandeln zur Einstu-

muss in den nationalen Parlamenten beraten und entschieden werden. fung von CETA als gemischtes Abkommen

F/ Antrag 37

Unterbezirk in der Städtereion Aachen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

TTIP-Verhandlungen abbrechen, CETA ablehnen

Spätestens seit den TTIP-Leaks ist klar, dass sowohl TTIP als auch CETA die auf dem Parteikonvent vom 20. September 2014 und auf dem Unterbezirksparteitag der SPD in der StädteRegion Aachen am 27. Juni 2015 die beschlossenen roten Linien nicht einhalten werden.

TTIP-Verhandlungen abbrechen, CETA ablehnen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

Das Freihandelsabkommen TTIP:

- 10 • Wird nicht zu einem spürbaren Wohlfahrtsgewinn für alle Bevölkerungsschichten führen.
- 15 • Wird nach wie vor vollkommen intransparent verhandelt und alle „Bemühungen“ um Transparenz, wie etwa der TTIP-Leseraum im BMWi, sind nicht auskömmlich.
- 20 • Regelt nach wie vor nicht die Ratifizierung aller acht ILO-Kernarbeitsnormen seitens der USA.
- 25 • Beinhaltet nach wie vor Vorschriften zum Investitionsschutz, es existieren immer noch Überlegungen, private Schiedsgerichte zuzulassen.

30 Somit ist klar, dass es keine Zustimmung der SPD zu TTIP geben kann. Die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen müssen deshalb abgebrochen werden.

35 Dasselbe gilt für das Freihandelsabkommen CETA. Auch wenn es schon zu Ende verhandelt ist, darf es keine Zustimmung der SPD zu CETA geben. Ebenso ist eine vorläufige Anwendbarkeit abzulehnen. Sollte es dennoch zu einer Ratifizierungsabstimmung im EU – Parlament bzw. dem Deutschen Bundestag kommen, werden

- 40 die jeweiligen Abgeordneten der SPD dazu angehalten ihre Zustimmung zu verweigern.

F/ Antrag 38

Ortsverein Bernburg und Umgebung (Landesverband Sachsen-Anhalt)

Freihandelsabkommen TTIP stoppen, CETA weiter verhandeln

- Die SPD setzt sich dafür ein, die von der EU-Kommission mit Vertretern der US-Regierung geführten Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP umgehend zu stoppen. Ferner wird die SPD das zur Ratifizierung vorgelegte CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada nicht weiter unterstützen, solange nicht alle Fragen der Gerichtsbarkeit in Streitfällen, der Auswirkungen der kanadischen Landwirtschaft auf den Verbraucherschutz in der EU, Ratifizierung aller ILO-Normen sowie das Primat des europäischen Vorsorgeprinzips abschließend rechtssicher geklärt sind.

Freihandelsabkommen TTIP stoppen, CETA weiter verhandeln

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

Antragsbereich F/ Antrag 39

Ortsverein Bad Zwesten-Oberurff-Schiffelborn (Bezirk Hessen-Nord)

CETA und TTIP

- Die SPD setzt sich dafür ein, die von der EU-Kommission mit Vertretern der US-Regierung geführten Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP umgehend zu stoppen. Ferner wird die SPD das zur Ratifizierung vorgelegte CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada nicht weiter unterstützen. Im Deutschen Bundestag, der Bundesregierung sowie als Teil der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament sowie im Europäischen Rat fordert die SPD, die Ratifizierung beider Abkommen abzulehnen.

CETA und TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

F/ Antrag 40*Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)***Freihandel nicht um jeden Preis**

Der Parteikonvent möge folgende Punkte beschließen:

- 5 • Freihandelsabkommen sind transparent zu verhandeln und verbraucherfreundlich zu gestalten.
- Gewinnerwartungen von Konzernen dürfen nicht neue und verbraucherfreundliche Gesetzgebungen eines Staates verhindern.
- 10 • Schiedsgerichte müssen europäisch oder nationalstaatlich organisiert sein. Die Rechtsprechung muss von unabhängigen Richtern erfolgen.
- 15 • Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP müssen von Bundestag und Bundesrat bestätigt werden und dürfen zuvor nicht in Kraft treten.

Freihandel nicht um jeden Preis

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitag

2015

F/ Antrag 41*110 Kreis Lichtenberg (Landesverband Berlin)***CETA und TTIP für die Gesellschaft und nicht für die Wirtschaft verhandeln – offen, transparent und ehrlich**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland und ihre führenden handelnden Personen im Bundestag, in der Bundesregierung und im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich bei den aktuellen Verhandlungen zu CETA und TTIP mit der kritischen gesellschaftlichen Bewegung zu solidarisieren und die aktuellen Verhandlungen zu hinterfragen.

10

Die SPD muss auf eine transparente Verhandlung und Informationspolitik drängen und diese einfordern. Geheime Verhandlungsergebnisse und Informationssperren bzw. Verbote für Informationsweitergaben für Abgeordnete und Mitglieder der Regierungen sowie für die Gesellschaft im Allgemeinen, lehnen wir als SPD ab. Solche Instrumente der Intransparenz soll-

15

CETA und TTIP für die Gesellschaft und nicht für die Wirtschaft verhandeln – offen, transparent und ehrlich

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitag

2015

20 ten für die SPD die Grundlage für den Abbruch der Verhandlungen darstellen.

Darüber hinaus, darf die SPD nicht zulassen, dass die Entscheidungen über die
25 Annahme der Abkommen nicht in den nationalen Parlamenten stattfinden. Gerade weil das gesellschaftliche Interesse an diesen Abkommen sehr hoch ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger mindestens durch die nationalen Parlamente vertreten werden.
30

Darüber hinaus muss die SPD sich für einen Abbruch der Verhandlungen stark machen, wenn die privaten Schiedsgerichte Bestandteil solcher Abkommen sind und geltende zentrale Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutzbestimmungen zur Diskussion stehen.
35

40 Zusammengefasst wird die SPD aufgefordert sich bezogen auf die Verhandlungen bzw. den Abschlüssen von CETA und TTIP dafür einzusetzen, dass

- 45 • der Verhandlungsgegenstand fortlaufend veröffentlicht wird
- neben der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, die nationalen Parlamente über die Abkommen beraten und entscheiden
- 50 • bestehende Umweltschutz-, Verbraucherschutz- und Arbeitsschutzbestimmungen sowie weitere soziale Schutzmaßnahmen sollen nur auf Initiative und nur mit Zustimmung der parlamentarischen Vertretungen in einem transparenten Verfahren verändert werden dürfen
- 55 • kein umfassender Investitionsschutz mit Klagerecht vor Schiedsgerichten eingeführt wird und Regulierungen nur mit Zustimmung der betreffenden Staaten bzw. der EU aufgehoben werden können. Die Interessen einzelner Unternehmen sind gegenüber dem öffentlichen Interesse dabei nachrangig.
- 60
- 65 • darüber hinaus muss dokumentiert

- 70 werden, welche Regelungen bzgl. eines Ausstiegs aus diesen Handelsabkommen vereinbart werden
- über die Zustimmung zu den Verträgen ein Mitgliederentscheid durchgeführt und nicht nur in einem geschlossenen Parteikonvent beraten wird.

F/ Antrag 42

Unterbezirk Solingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Grundsätze TTIP

Der Unterbezirk Solingen der SPD fordert die SPD-Fraktion des Landestages NRW, die SPD-Fraktion des Bundestages, die SPD-Fraktion des Europäischen Parlaments, den Landesvorstand der SPD und den Bundesvorstand der SPD auf, die folgenden Grundsätze zu TTIP zu verfolgen:

1. Die SPD **lehnt jedes Handelsabkommen ab, welches die Situation der Entwicklungsländer weiter verschlechtert**. Sie will nicht Verursacherin weiterer Flüchtlingsströme sein.
2. Die SPD **setzt sich mit all ihren Kräften für die Wiederbelebung der WTO ein**, um so hunderte bilaterale Abkommen zu verhindern, die den globalen Handel völlig unübersichtlich machen und verteuern.
3. Die SPD **lehnt jedes Handelsabkommen ab, welches Negativlisten vorschreibt**. Stattdessen **fordert sie das Positivverfahren für alle Bereiche**, um ein hoch komplexes Verhandlungsverfahren, wie das jetzige zwischen den USA und Europa, mit seinen verschiedenartigen kulturellen Vorstellungen und Standards durchführbar zu machen und um individuelle, einzelstaatliche Entwicklungswege weiter zu ermöglichen.
4. Die SPD **lehnt jede Form privater Schiedsgerichte ab**, und damit jeden Versuch, den Wirtschaftssektor aus dem nationalen bzw. europäischen Rechtsraum auszugliedern. Nationales

Grundsätze TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

und europäisches Recht darf nicht einem privaten Wirtschaftsrecht unterliegen.

- 40 5. Die SPD lehnt **Stand-still- und Ratchet- bzw. Lock-in Klauseln ab**, weil es für sie als moderne, fortschrittliche Partei keine Vereinbarungen geben kann, die eine gesellschaftliche und ökonomische Weiterentwicklung verunmöglichen wollen.
- 45 6. Die SPD lehnt den **„Regulatorischen Kooperationsrat“ als Frühwarnsystem für neue Gesetze und Standards ab**. Dieser Rat überprüft keine gesellschaftliche, nationale Gesetzeskonformität, sondern Standards, die allein die Wirtschaft und ihre Lobbyvertretungen aufstellen und sich aus den Regeln des Investitionsschutzes ableiten. **Zu überprüfen wäre stattdessen eine soziale, ökologische, rechtliche, gesamtwirtschaftliche und internationale Folgenabschätzung.**
- 50 7. Die Punkte 3 bis 6 stellen einen Angriff auf das gesellschaftliche, politische, rechtliche und wirtschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland dar. **Sie müssen in ihrer Gesamtheit abgelehnt werden.**
- 55 60

F/ Antrag 43

Ortsverein Riesweiler (Landesverband Rheinland-Pfalz)

TTIP-Verhandlungen

Der SPD Parteivorstand wird aufgefordert, sich allen Bestrebungen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zu widersetzen, die darauf hinauslaufen

- 5 • die Möglichkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen abzubauen bzw. zu gefährden. Öffentliche Daseinsvorsorge kann nicht Gegenstand von Handelsvereinbarungen sein. Dies gilt für die öffentliche Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr ebenso wie das Gesundheitssystem, die Kinder- und
- 10

TTIP-Verhandlungen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

- 15 Jugendhilfe, die Seniorenbetreuung und den öffentlichen Personennahverkehr. Dabei sind die Bereiche, die einem liberalisierten Markt unterliegen sollen, ausdrücklich in einer Positivliste aufzuführen mit der Folge, dass alle
- 20 nicht aufgeführten Bereiche keinem liberalisierten Markt unterliegen. Vorstehend genannte Bereiche dürfen in der Positivliste auf keinen Fall aufgeführt werden.
- 25 • dass der durch die im vergangenen Jahr abgeschlossene Reform des europäischen Vergaberechts zum Ausdruck
- 30 markiert, was in einem Freihandelsabkommen geregelt wird. Insbesondere die Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht mit Auswirkungen auf die kommunale Organisationsfreiheit dürfen
- 35 nicht hinter dem europäischen Vergaberecht zurückbleiben. Daher ist es erforderlich, sogenannte Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und Wasserwirtschaft nicht infrage zu stellen.
- 40 • Regeln zum Investorenschutz zu vereinbaren. Diese haben in rechtsstaatlichen demokratischen Gesellschaften keinen Platz. Der Investorenschutz wird durch die nationale Gesetzgebung und Rechtsprechung hinreichend gesichert. Deshalb sind Sondergerichte und auch Abstimmungsgremien im Vorfeld gesetzgeberischer Tätigkeit abzulehnen und nicht in ein Vertragswerk aufzunehmen. Durch eine Aufnahme in das Vertragswerk würden demokratische Entscheidungsprozesse ausgehebelt, nationale Parlamente entmachtet und der Marktmacht von Konzernen gegen den Verbraucher weiter Vorschub geleistet.
- 50
- 55
- 60 • umweltpolitische Standards zu verringern oder ihre Weiterentwicklung zu

- 65 behindern sowie Verbraucherrechte einzuschränken oder deren Weiterentwicklung zu verhindern. Dies gilt insbesondere auch im landwirtschaftlichen Bereich (z.B. Genmanipulation)
- die Öffentlichkeit von der Diskussion über Inhalt und Auswirkungen des Abkommens auszuschließen. Es ist abzulehnen, dass die Verhandlungen unter strikter Geheimhaltung geführt werden. Betrachtet man, was bereits jetzt über Inhalte bekannt geworden ist, so sind offensichtlich weit reichende Eingriffe in Verbraucherrechte und demokratische Entscheidungsprozesse bis zur teilweisen Entmachtung der Parlamente und Gerichte vorgesehen, dann ist Transparenz und die Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte an der Diskussion erforderlich und unabdingbar, denn es wird letztlich in das Recht jeden Bürgers eingegriffen. Aus diesem Grund ist nicht nur eine Abstimmung im EU-Parlament zwingend geboten, sondern auch in allen nationalen Parlamenten, in Deutschland einschließlich im Bundesrat.
- 80
- 85
- 90 Sollte an einem der vorgenannten Punkte das TTIP-Abkommen scheitern, ist dieses hinzunehmen.

F/ Antrag 44

Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Mitgliederentscheid zu TTIP und CETA

Wir fordern vor der Entscheidung durch die Bundesregierung einen bundesweiten Mitgliederentscheid zu TTIP und CETA.

Mitgliederentscheid zu TTIP und CETA

Erledigt durch den Beschluss IA8 des Bundesparteitages 2015, der das Beratungs- und Entscheidungsverfahren in der SPD festlegt

F/ Antrag 45*Stadtverband Sundern (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Handel braucht Spielregeln, Globaler Handel erst recht.**

1. Die Verhandlungen zum Zoll- und Handelsabkommen TTIP dürfen nur fortgesetzt werden, wenn sie für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar sind. Konkret muss nach jeder Verhandlungsrunde veröffentlicht werden über was verhandelt wurde, welche Vereinbarungen getroffen wurden, welche Differenzen bestehen, wie die konkreten Positionen der beiden Seiten sind.
2. Die Verhandlungen sind solange zu führen, bis dass ein akzeptables Ergebnis erreicht wurde. Die SPD hat dazu Erwartungen formuliert.
3. Über das Ergebnis der TTIP Verhandlungen ist vor der Beteiligung parlamentarischer Gremien (EU, Bundestag) im Rahmen einer SPD Mitgliederbefragung ein Meinungsbild herbeizuführen.

Handel braucht Spielregeln, Globaler Handel erst recht.

Erledigt durch den Beschluss IA8 des Bundesparteitages 2015, der das Beratungs- und Entscheidungsverfahren in der SPD festlegt

F/ Antrag 46*11/03 Fennpfuhl (Landesverband Berlin)***Parteitagsbeschluss zu CETA**

Die SPD beantragt, dass die nach dem Parteitagsbeschluss vom 12.12.2015 nach notwendige Entscheidung über das Freihandelsabkommen CETA von einem Bundesparteitag noch vor den Beschlüssen im europäischen Rat und EU-Parlament getroffen werden muss.

Parteitagsbeschluss zu CETA

Erledigt durch den Beschluss IA8 des Bundesparteitages 2015, der das Beratungs- und Entscheidungsverfahren in der SPD festlegt

F/ Antrag 47*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Privatisierung der Sparkassen und Umwandlung der Volksbanken in Kapitalgesellschaften durch CETA**

Verhinderung der Privatisierung der Spar-

Privatisierung der Sparkassen und Umwandlung der Volksbanken in Kapitalgesellschaften durch CETA

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und

5 kassen und der Umwandlung der SPD-Abgeordnete im EP
Volksbanken in Kapitalgesellschaften
durch CETA durch Änderung der EU Vor-
behalts:

Bisheriger Vertragstext: Finanzdienstleistungen

10 Die EU behält sich das Recht vor, Maßnahmen einzuführen oder aufrechtzuerhalten, die einem Finanzinstitut, bei dem es sich nicht um eine Zweigniederlassung handelt, auf diskriminierungsfreier Basis vorschreiben, bei seiner Niederlassung in
15 einem EU-Mitgliedstaat eine spezifische Rechtsform anzunehmen.

Neuer Vertragstext: Finanzdienstleistungen

20 Die EU behält sich folgendes Recht vor. Finanzinstitute, die mit dem Namen Sparkasse oder Volksbank am Markt in der EU tätig sind, dürfen nicht in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft geführt werden.
25 Sparkassen dürfen ihre Gewinne nur für gemeinnützige Zwecke und Volksbanken nur an natürliche Personen ihrer Genossenschaften ausschütten. Das Regionalprinzip wird bestätigt. Sparkassen dürfen
30 nur einer Sicherungseinrichtung für Sparkassen in der EU angehören ohne eventuell vorhandener Zweigstellen und Niederlassungen außerhalb der EU. Identisches gilt für Volksbanken (Volksbanken dürfen
35 nur für Volksbanken haften). Sparkassen und Volksbanken dürfen für Wertpapiere und Einlagen bei anderen Finanzinstituten keine Garantien, Bürgschaften oder Derivate übernehmen. Sparkassen und
40 Volksbanken unterliegen nicht den Bestimmungen zum Marktzugang, der Leistungsbeschreibung, der Investition, dem Investitionsschutz und der Restrukturierung dieses Vertrages.

F/ Antrag 48*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen***Ablehnung der Unterzeichnung des TTIP-Abkommens - Ablehnung der Ratifizierung des CETA-Abkommens**

[Antrag ThA 15, Pakove20.09.2014]

5 Die ASF-Bundeskonferenz bekräftigt die Beschlusslage zu TTIP aus 2014, die auch vom Deutschen Frauenrat getragen wird. Dieser Grundsatzbeschluss gilt für alle Freihandelsabkommen, die gerade in der Debatte sind oder folgen.

Ablehnung der Unterzeichnung des TTIP-Abkommens - Ablehnung der Ratifizierung des CETA-Abkommens

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Berücksichtigung des beschlossenen Initiativantrages des Parteivorstandes sowie des Beschlusses IA8 des Bundesparteitages 2015

10 Freihandel um jeden Preis? - Nicht mit uns!

15 Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, ist von enormer politischer Tragweite. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise in großen Teilen Europas ist es richtig, Instrumente zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen zu prüfen. Europa braucht Handel und Investitionen. Allerdings nicht um jeden Preis. Ein Abkommen mit den USA muss gute Arbeit schaffen –

20 auf beiden Seiten des Atlantiks. Es muss Antworten auf Kernfragen der Weltwirtschaft, wie die Regulierung der globalen Finanzmärkte, geben. Ein Freihandelsabkommen darf unter keinen Umständen

30 dazu führen, dass europäische Standards im Arbeits- oder Umweltrecht, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt werden oder Investoren vor internationalen Schiedsstellen europäische

35 Rechtsstaaten aushebeln können.

40 Dazu wäre es notwendig, die Verhandlungsgrundlagen und die Verhandlungsziele klarer zu definieren. Verhandlungen sollten als Chance begriffen werden, die sozialen Standards im internationalen Handel zu erhöhen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Verhandlungen ruhen zu

45 lassen und in einem transparenten Prozess an einer Neuformulierung der Verhandlungsziele bzw. Verhandlungsgrundlagen zu arbeiten.

50 Aufgrund möglicher weitreichender Konsequenzen von TTIP sind die bisherige Geheimhaltung und der Mangel an Transparenz in den Verhandlungen inakzeptabel. Die SPD Forderung nach Veröffentlichung grundlegender Verhandlungsdokumente und einer besseren Information und Konsultation der Öffentlichkeit ist deshalb zu unterstützen. Von sozialdemokratischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den verantwortlichen Funktionen verlangen wir, die weiteren Verhandlungen kritisch zu begleiten.

65 Wir fordern die Bundesregierung und die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA auf jeden Fall dann abzulehnen, wenn durch dieses

- 70 - hart erkämpfte Errungenschaften im Arbeitsrecht oder in der Sozialgesetzgebung gefährdet sind,
- ein hohes Schutzniveau im Verbraucher- und Datenschutz sowie die Lebensmittelsicherheit und Erhalt der Tierschutzstandards in Europa nicht mehr gewährleistet sind,
- 75 - der universelle Zugang zu Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die europäische Vielfalt im Kulturbereich in Gefahr geraten,
- 80 - die fortschrittliche europäische Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt und des Klimas in Frage gestellt wird oder ein Vormarsch der grünen Gentechnik zu befürchten ist,
- 85 - ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus aufgenommen wird, der es Investoren ermöglichen würde, Staaten vor Schiedsstellen auf Schadensersatz zu verklagen und damit Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen, oder
- 90 - künftigen Generationen Handlungsspiel-

räume bei der Gestaltung eines sozial gerechten und nachhaltigen Europas genommen werden.

F/ Antrag 49

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

CETA-Abkommen - Zwingende Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente und das EU-Parlament

5 Der fertige CETA-Vertragstext liege bei der EU-Kommission auf dem Tisch, wie auch eine Vorschlag über das Abstimm-
Verfahren, erklärte vor wenigen Wochen
10 der Leiters der Generaldirektion Handel, Jean-Luc Demarty. Auf Nachfrage erklärte er weiterhin, dass die EU-Kommission das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) als reines Handelsabkommen an-
15 sehe. Und deshalb sei es auch nur vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat zu ratifizieren. Die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten müssten nicht beteiligt werden.

20 Ein solches Vorgehen widerspricht den bisherigen Zusagen der Bundesregierung, denn sie und viele andere Regierungen hatten ihren Parlamenten versprochen, dass sie mit entscheiden werden. Nach
25 einem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebenem unabhängigem Rechtsgutachten ist der Sachverhalt klar; die Parlamente der EU – Mitgliedsstaaten müssen einem so umfassenden Abkommen mit einer „hohen Regelungstiefe“ zustimmen.

30 Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf, gegenüber der EU-Kommission unmissverständlich klarzustellen, dass der Deutsche Bundestag bei
35 der Beratung über das CETA-Abkommen eingebunden werden muss und an der Ratifizierung beteiligt wird.

CETA-Abkommen - Zwingende Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente und das EU-Parlament

Erledigt durch Regierungshandeln zur Einstufung von CETA als gemischtes Abkommen

Die Entscheidungskompetenz des Deutschen Bundestages und des Bundesrates dürfen nicht durch die EU –Kommission beschnitten werden.

F/ Antrag 50

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Keine vorläufige Inkraftsetzung von Teilen des Freihandelsabkommens CETA

Wir lehnen jede vorläufige Inkraftsetzung von Teilen des Freihandelsabkommens CETA ab. Das komplette Abkommen darf erst in Kraft treten nach der Ratifizierung aller zuständigen Parlamente. Die AsF fordert Sigmar Gabriel auf, Wort zu halten, indem er Ceta keine vorläufige Zustimmung erteilt, bevor es im Bundestag behandelt wurde.

5

Nach jüngsten Pressemeldungen ist geplant, dass das ausverhandelte Abkommen mit Kanada (CETA) nach einer möglichen Zustimmung des EP in Teilen vorläufig ohne die Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft treten könnte.

Für diese Ermächtigung der EU-Kommission gibt es keine nachvollziehbare Begründung, kein Teil des Vertrages ist in irgendeiner Weise eilbedürftig.

Daher muss der vollständige Ratifizierungsprozess abgewartet werden, schon allein, um nicht der um sich greifenden Europa-Skepsis weitere Argumente zu liefern. In der SPD-internen Diskussion wurde bislang stets der Eindruck erweckt, als sei die Ratifizierung durch alle Länder nötig.

Für TTIP und CETA sah der Konvent am 20.9.2014 einen Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich aller 28 nationalen Ratifizierungsprozesse (Ziffer 14). Bereits damals wurde - erneuert auf dem Bundesparteitag 2015 - gefordert, alle Diskussionen ohne Zeitdruck zu führen.

Keine vorläufige Inkraftsetzung von Teilen des Freihandelsabkommens CETA

Erledigt durch Initiativantrag des Parteivorstandes

- 40 Jede weitere Diskussion in den europäischen Ländern geht jedoch ins Leere, wenn das Abkommen in den wesentlichsten Teilen bereits in Kraft ist. Dies muss die SPD nach Kräften verhindern, wenn sie ihren eigenen Ansprüchen Rechnung tragen will.

weitere Anträge (W)

W/ Antrag 1

Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Antrag zur Neuregelung zur temporären Bedarfsgemeinschaft

Forderungen:

- Die gegenwärtige Regelung zur temporären Bedarfsgemeinschaft halten wir für falsch.
- 5 • Wir fordern dringend eine am Kindeswohl orientierte Neuregelung.
- Das laufende Gesetzgebungsverfahren soll gestoppt und mit neuer Zielrichtung erneut gestartet werden.

Antrag zur Neuregelung zur temporären Bedarfsgemeinschaft

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

W/ Antrag 2

11/04 Alt Lichtenberg (Landesverband Berlin)

Arbeitslosenversicherung an flexible Arbeitswelt anpassen

Das projektbasierte Arbeiten durch unregelmäßig eintreffende Aufträge nimmt zu. Gerade in der Kreativbranche gehört es zur Regel, dass sich Zeiten starker und durchaus auch gut entlohnter Arbeitsbelastung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit abwechseln.

- 5
- 10 Die Arbeitslosenversicherung wird in ihrer jetzigen Form solchen außergewöhnlichen Arbeitsverhältnisse nicht gerecht. Momentan muss man in den vergangenen zwei Jahren mindestens ein Jahr Beiträge eingezahlt haben, um einen Erstantrag auf ein halbes Jahr Arbeitslosengeld zu erhalten. Der Maximalanspruch wird nach zwei durchgehenden Beschäftigungsjahren erreicht und beträgt ein Jahr.
- 15
- 20 Dieses System wird den Menschen nicht gerecht, die projektbasiert nur in Episoden angestellt sind („Bulimiearbeitsplätze“). Sie zahlen voll in die Arbeitslosenversicherung

Arbeitslosenversicherung an flexible Arbeitswelt anpassen

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

25 rung ein, erhalten aber keine Bezüge, da sie die Mindestanstellungsdauer von einem Jahr nicht erreichen.

30 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden daher gebeten, sich für eine Anpassung der Anerkennungszeiten der Arbeitslosenversicherung einzusetzen. Schon nach zwei Monaten Arbeitszeit soll man ein Anrecht auf Leistungen erhalten. Das bisherige Verhältnis von
35 einem Monat Bezug von Arbeitslosengeld für zwei Beitragsmonate kann beibehalten werden.

40 Dies soll auch Bestandteil des Wahlprogrammes für die nächste Bundestagswahl werden.

W/ Antrag 3

11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg (Landesverband Berlin)

110 Kreis Lichtenberg (Landesverband Berlin)

Keine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn

Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, die geeignet sind, zu verhindern, dass Weihnachts- und Urlaubsgeld auf den Mindestlohn angerechnet werden. Ebenso wollen wir, dass auch Leistungsprämien und Überstundenzahlungen sowie andere Leistungen, die über den Grundlohn hinausgehen, nicht angerechnet werden.
5
10

Keine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

W/ Antrag 4

Landesorganisation Bremen

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Die SPD fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

5 SPD-Bundestagsfraktion auf, Initiativen zur politischen Konfliktlösung in Syrien und im Irak energisch voranzutreiben. Eine rein militärische Lösung des Konfliktes ist nicht möglich. Ohne politische Konfliktlösung droht die im Dezember 2015 beschlossene Teilnahme der Bundeswehr an
10 der Militärintervention gegen den sogenannten Islamischen Staat nicht ein Beitrag zur Friedensschaffung zu werden, sondern den Konflikt zu vertiefen und den Zerfall der staatlichen und zivilen Ordnung
15 in der Region noch zu beschleunigen.

Gemeinsam mit der EU muss Deutschland darauf dringen, dass alle Konfliktparteien – von den Großmächten Russland und den
20 USA, über die Regionalmächte Türkei, Iran und Saudi-Arabien bis zu den verschiedenen direkt involvierten regionalen Konfliktparteien – an einer solchen Lösung mitwirken. Eine Konfliktlösung muss auf
25 eine dauerhaft stabile politische Ordnung unter Erhalt des Staates Syrien zielen und die Perspektive für eine positive soziale und ökonomische Entwicklung der Region bieten.

30 Ohne ein Konzept zur Lösung des zugrundeliegenden internationalen Konfliktes mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln auf politisch-diplomatischem
35 Wege und ein darauf bezogenes Mandat der Vereinten Nationen kann zukünftig keinen weiteren militärischen Einsätzen der Bundeswehr oder Verlängerungen und/oder Ausweitungen solcher militärischen
40 Mandate zugestimmt werden. Wenn innerhalb des jeweils beschlossenen Einsatzzeitraumes bei der politischen Konfliktlösung keine Fortschritte erzielt werden, muss das militärische Engagement
45 Deutschlands beendet werden.

W/ Antrag 5*Landesorganisation Bremen***Kein Handelsabkommen
mit dem Besatzer Marokko**

- Am 10. Dezember 2015 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko annulliert. Zur Begründung heißt es: Die gesetzliche Hoheit Marokkos über die Westsahara sei international nicht als rechtmäßig anerkannt und könne damit nicht Gegenstand eines Handelsabkommens zwischen der EU und Marokko sein.
- Die SPD Bremen fordert von der Bundesregierung eine Prüfung aller bestehenden Abkommen und Verträge mit Marokko sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene auf Konformität mit dem EuGH-Urteil. Weiter fordern wir den Parteivorstand auf, das Thema Referendum auf dem nächsten Parteikonvent zu behandeln.
- Wir begrüßen den Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion „Einsatz für die Flüchtlinge aus der Westsahara fortsetzen – Referendum durchsetzen!“

**Kein Handelsabkommen
mit dem Besatzer Marokko**

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

W/ Antrag 6*Ortsverein Frankfurt Sachsenhausen (Bezirk Hessen-Süd)***Rekrutierungsstopp Minderjähriger
und Werbeverbot jugendlicher Soldat*innen**

- Die SPD lehnt die Rekrutierung Minderjähriger sowie Werbung der Bundeswehr ab, welche sich an Jugendliche unter 21 Jahren richtet.
1. Rekrutierungsstopp Minderjähriger
Die SPD spricht sich gegen jede Ausbildung an der Waffe minderjähriger Rekrut*innen aus.
- Die UN-Kinderrechtskonvention empfiehlt, Soldat*innen erst mit Volljährigkeit zu rekrutieren. Die Kinderrechtsexperten

**Rekrutierungsstopp Minderjähriger
und Werbeverbot jugendlicher Soldat*innen**

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

15 der Vereinten Nationen äußern sich be-
sorgt darüber, „dass die freiwillige Rekrutierung von Minderjährigen in die Bundeswehr für militärisches Training“ möglich ist. Sie wollen die Anhebung des Rekrutenalters auf 18 Jahre. Die Kinderkommission im Bundestag diskutiert momentan ebenfalls über eine Anhebung der Altersgrenze. Die SPD ist für die Anhebung auf 18 Jahre.

25 2. Werbung jugendlicher Soldat*innen
insbesondere an Schulen verbieten
Die SPD spricht sich gegen jede Werbung der Bundeswehr aus, insbesondere an Schulen aus, welche sich an Jugendliche unter 21 Jahren richtet.

35 Die Werbung der Bundeswehr zielt stark auf eine junge Zielgruppe. Und dies nicht ohne Erfolg: Gerade der Anteil der sehr jungen Rekrut*innen steigt seit Jahren kontinuierlich an. So lag die Zahl der unter 18-jährigen Soldatinnen und Soldaten 2011 noch bei 689. 2015 waren bereits 1515 der 21.092 neuen Soldaten minderjährig. Dies bedeutet: Über sieben Prozent eines Jahrgangs sind mittlerweile minderjährig. Dabei ist die Abbrecherquote sehr hoch: 281 der minderjährig zum Dienst angetretenen Rekrut*innen brachen den Dienst 2015 innerhalb der Probezeit ab, 519 nach mehr als sechs Monaten (Quelle: kleine Anfrage der Linke).

50 Dies legt die Einschätzung nahe, dass die jungen Rekrut*innen nicht einschätzen können, was eine Ausbildung bei der Bundeswehr bedeutet. Die SPD hält dies für hoch problematisch.

55 Auch Terre des hommes und UNICEF Deutschland haben einen „Schattenbericht Kindersoldaten 2013“ veröffentlicht. Hier wird vor allem die Werbung von Rekrut*innen an Schulen kritisiert und dass
60 „Werbung der Bundeswehr für ihre Einsatzpolitik im Schulunterricht durch Ju-

gendoffiziere und Werbung der Bundeswehr für sich als Arbeitgeber im Schulalltag ineinander übergehen.“ Die „Trennung zwischen politischer Bildung und Berufsberatung“ sei bei einigen Bundeswehr-Schulveranstaltungen „gänzlich aufgehoben“.

65
70 Auch der zuständige UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes folgt dieser Argumentation und kritisiert in seiner Stellungnahme „diverse Werbekampagnen der Bundeswehr, die speziell auf Kinder ausgerichtet sind, sowie (...) die Präsenz von Bundeswehrsoldaten an Schulen.“

70 Die SPD spricht sich außerdem gegen kriegsdienstverherrlichende TV-Werbung aus, die Krieg als Abenteuer und Sport darstellt.

W/ Antrag 7

Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)

Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereit gestellt werden.

Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig

Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:

Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen

Von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Bildung und Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Status des Elternhauses abhängig sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren ab. Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das Deutschlandstipendium, ersetzt werden durch Förderprogramme für sozial Benachteiligte, damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.

Unabhängige Bildungseinrichtungen

Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stel-

70 lung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.

Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein.

75 Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

80 **Kooperationsverbot abschaffen!**

Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im

85 deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen, genügt es nicht, dass sich nur die

90 Länder an den Kosten beteiligen, auch der Bund muss sie wesentlich mitfinanzieren, da diesem erheblich größere finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Daher muss

95 das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten

100 Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den

105 Bildungsbetrieb. Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche

110 Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren.

Außerdem muss der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt werden. Eine übermäßige Drittmittelfinanzierung von

Lehre und Forschung lehnen wir ab!

120 **Kommunen besser finanzieren**

125 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche Museen und andere staatliche Kultur-

130 einrichtungen erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in

135 ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen Regionen Auftrieb geben. Die bayerische Staatsregierung sollte vielleicht besser Geld in die Finanzierung der Schulen stecken, statt staatliche Behörden und andere Einrichtungen ohne Plan und Konzept in die Peripherie zu verlagern.

140

145 **Inklusive Bildung ermöglichen**

Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten müssen barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.

150

155

Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens

160

165

miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht.

Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

170

Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe Einkommen,

175

Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nehmen und niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein,

180

denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl

185

Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben ver-

190

schwindend gering.

Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

W/ Antrag 8

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

Arbeit und Umwelt vereinbaren!

Bergbau und Rohstoffförderung in Deutschland für wertvolle Düngemittel und Produkte der Industrie in der ganzen Welt!

5

Die SPD unterstützt nachdrücklich eine dauerhaft gesicherte Produktion der Fabriken und Gruben im Verbund-Kali-Revier in Nord-, Osthessen und Westthüringen.

10

Die SPD begrüßt die finanziell und technisch aufwendigen Maßnahmen, um eine drastische Reduzierung der Restwässer aus den Fabriken zu erreichen.

Arbeit und Umwelt vereinbaren!

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

- 15 Die SPD sieht in der Reduzierung der Ein-
leitung in die Werra seit der Grenzöffnung
von in der Spitze gut 88 Millionen Kubik-
meter auf jahresdurchschnittlich 5,5 Milli-
onen Kubikmeter (Salzlast umgerechnet
20 von Tonnen in Kubikmeter) einen dramati-
schen Fortschritt für die Gewässerqualität.
Die SPD sieht in der zugleich erfolgten
Reduzierung der Versenkung in den Un-
tergrund von mehr als 20 Millionen Ku-
25 bikmeter über 4 Millionen Kubikmeter
jährlich in diesem Jahrzehnt auf weiter
deutlich abnehmende Mengen eine große
Leistung des Unternehmens.
- 30 Die SPD anerkennt die durch das „360-
Millionen-Maßnahme-Paket“ reduzierte
Restwässer-Menge von 14 Millionen Ku-
bikmeter (2006) auf 7 Millionen Kubikme-
ter im Jahr 2015 und die mit dem Bau der
35 165 Millionen Euro teuren KKF-Anlage
verbundene weitere Reduzierung um 1,5
Millionen Kubikmeter.
Die SPD hält die derzeit mit eingeschränk-
ten Versenkmengen (725.000 Kubikmeter
40 pro Jahr, 120.000 pro Monat, 8.000 pro
Tag je maximal) einhergehenden Produk-
tionsstopps für keinen gangbaren Weg.
- Die SPD begrüßt ausdrücklich den Antrag
45 der K+S eine Pipeline gen Norden verlegen
zu wollen, schon um bei Scheitern erst zu
erprobender Technologien die Werke nicht
schließen zu müssen.
Die SPD hält angesichts der im Weltmarkt
50 durchzusetzenden Kostenstrukturen, die
maßgeblich aus bergmännischer Gewin-
nung sowie der Lagerstättenformation
entstehen, eine Produktionseinschrän-
kung für unverantwortlich.
- 55 Die SPD sieht insbesondere das Land Hes-
sen als Oberlieger Niedersachsens gefor-
dert, Anforderungen und Vorstellungen,
die in Niedersachsen nicht Praxis sind,
zurückzuweisen.
- 60 Die SPD begrüßt die von der grünen Um-

- 65 weltministerin zurückgenommenen Vorgaben der vormaligen CDU-Umweltministerin, wonach nach 2015 auch Übergangsweise keine Versenkerlaubnis erteilt und die Werra-Einleitwerte bis Ende des Jahrzehnts um ein Drittel hätten reduziert werden sollen.
- 70 Die SPD ist mindestens irritiert über die von CDU und Linken nunmehr gemeinsam vorgebrachte Propaganda, wonach die Kurzarbeits-Phasen nicht nötig gewesen seien. Es steht im Gegenteil befürchten,
- 75 dass Kurzarbeit in einem trockenen Sommer bei unzureichenden Versenkmengen, immer wieder eingeführt werden wird. Die SPD fordert die Wiedereinrichtung eines „Runden Tisches“.

W/ Antrag 9

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

**Hochspannungs-Gleichstrom-Leitung
Wilster-Grafenrheinfeld steht in Frage!**

Elektrische Energie in Stade nutzen, statt nach Bayern schicken!

**Hochspannungs-Gleichstrom-Leitung
Wilster-Grafenrheinfeld steht in Frage!**

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

- 5 Die SPD fordert die bisherigen Überlegungen des Netzbetreibers „Tennet“, eine HGÜ-Leitung von Wilster nach Grafenrheinfeld zu bauen, grundlegend zu überdenken.
- 10 Die SPD fordert insbesondere den niedersächsischen Landtag auf, die Pläne für den Bau, beziehungsweise den derzeitigen Betrieb von konventionellen Kraftwerken in Stade in Frage zu stellen.
- 15 Die SPD geht davon aus, dass die notwendigen Kapazitäten elektrischer Energie, die das Stader Chemie-Werk benötigt, direkt aus Wilster bezogen werden können.
- 20 Die SPD geht weiterhin davon aus, dass das „Strom-Importland“ Bayern auf eine Zufuhr elektrischer Energie verzichtet, da der Protest der bayerischen Landesregierung gegen die HGÜ-Leitung „fachlich

- 25 versiert“ vorgetragen wurde. Eine energetische Zwangsbeglückung des Bundeslandes Bayern muss unbedingt verhindert werden – ausgehende Lichter erhellen im Zweifelsfalle den energiepolitischen Verstand.

W/ Antrag 10

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

Maut

Die SPD begrüßt ausdrücklich, dass die EU-Kommission die von der CSU im Bundestag durchgesetzte Maut ablehnt.

- 5 Die SPD lehnt ausdrücklich angedeutete Alternativen, wie beispielsweise eine nur teilweise Entlastung von Fahrzeughaltenden im Inland ab. So würden bei einer Erhöhung der Entfernungspauschale nur die Pendelnden entlastet werden.

- 10 Die SPD hält die strikte Weigerung der CSU, Fernreise-Linien-Busse zu bemauten, für einen Ausweis politischer Inkompetenz. Verursachen doch die Fernreise-Linien-Busse aufgrund ihrer Achslast Schäden, die denen der LKW gleichkommen.

- 15 Die SPD geht davon aus, dass bei der Entwicklung des SPD-Bundestagswahlprogrammes die Ablehnung einer PKW-Maut, wie im Bundestagswahlprogramm 2013 deutlich wird.

Die SPD sieht weitere drei Punkte die zur Ablehnung der CSU-Maut führen:

- 25 1. Eine Benachteiligung von inländischen Fahrzeughaltenden, wie sie die CSU will ab, wird abgelehnt. Danach sollen nur Fahrzeughaltende im Inland für Bundesstraßen eine Maut bezahlen.
- 30 Fahrzeughaltende im Ausland nicht.
- 35 2. Da die Maut ausdrücklich vorgesehen ist, das Straßennetz zu unterhalten und die Abnutzung zu entgelten, müsste die Maut bei einer durchschnittlichen Jahres-PKW-Fahrleistung gut 5 Cent ausmachen. Hierfür wäre

Maut

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

der Verwaltungsaufwand zu hoch.

- 40 3. Eine pauschale PKW-Maut, wie sie die CSU mit gut 100 Euro pro Jahr will, bedeutete für den LKW eine jährliche pauschale Maut von gut 6 Millionen Euro. Auch dies ist wegen erwiesenen CSU- Unrealismus und CSU- Unsinn abzulehnen.

W/ Antrag 11

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

Geplante Bahntrasse Kirchheim – Bebra-Blankenheim

- 5 Die SPD spricht sich gegen die im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 als neues Vorhaben im vordringlichen Bedarf - Schiene - vorgesehene ausgewiesene Projekt Nr. 2-007-V01 und 2-002-V02 der zweigleisigen NBS Blankenheim – Kirchheim aus.

- 10 Die SPD fordert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf, das für die Menschen der Stadt Bad Hersfeld, der Gemeinde Ludwigsau und der Gemeinde Neuenstein für Natur und Umwelt zusätzliche belastende Projekt aus dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 zu streichen und spricht sich für eine zukunftsfähige Ertüchtigung der bestehenden Bahntrasse Fulda – Eisenach – Erfurt, versehen mit einem aktiven Schallschutz und Einbindung der Ortsumgebung B27 Friedlos, die im vordringlichen Bedarf des Entwurfes des Bundesverkehrsplanes vorgesehen ist, aus.
- 20

Geplante Bahntrasse Kirchheim – Bebra-Blankenheim

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

Antragsbereich W/ Antrag 12

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

Schienenprojekt Blankenheim-Kirchheim aus dem Bundesverkehrswegeplan streichen!

Die SPD lehnt den Bau einer Eisenbahntrasse zwischen Blankenheim und der sogenannten „ICE-Neubaustrecke (Hannover

Schienenprojekt Blankenheim-Kirchheim aus dem Bundesverkehrswegeplan streichen!

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

5 – Würzburg)“ ab – Projekt Nr. 2-007-V01
und 2-002-V02.

10 Diese Ablehnung schließt auch eventuelle
bereits verworfene Neubau-Trassen-
varianten, wie beispielsweise eine im
Fuldatal zwischen Bad Hersfeld und der
sogenannten „ICE-Neubaustrecke (Hanno-
ver-Würzburg)“ ein. Die SPD sieht sich in
seiner Ablehnung durch die Deutsche
Bahn bestärkt, die diese Trasse weder ge-
15 plant, noch eine solche Planung in Auftrag
gegeben hat.

Die SPD geht davon aus, dass das Projekt
aus dem Bundesverkehrswegeplan gestri-
chen wird. Die SPD spricht sich stattdessen
20 für den Einsatz der damit freiwerdenden
finanziellen Mittelfür Ertüchtigungsmaß-
nahmen und Schallschutzmaßnahmen
aus.

Zudem spricht sich die SPD für die Ertüch-
25 tigung mit Schallschutzmaßnahmen der
derzeit existierenden Schienentrasse zwi-
schen Bebra und der Kreisgrenze Haunetal
aus. Die SPD fordert ein integriertes Ver-
kehrs- und Lärmschutzkonzept für die
30 Bahntrasse zwischen Bebra und Bad Hers-
feld in Kombination mit der notwendigen
Ortsumgehung B 27 Ludwigsau-Friedlos.

Die SPD fordert zudem ein integriertes
Verkehrs- und Lärmschutzkonzept für die
35 Stadt Bad Hersfeld (unter Einschluss der
A4, der Bundesstraßen 27, 62 und 324
sowie der Eisenbahntrasse) aus. Dies be-
deutet beispielsweise bei dem perspekti-
visch zwingend erforderlichen Ersatzbau
40 der Brücke über die Eisenbahn im Zuge der
B324 in Bad Hersfeld als Alternative eine
Tunnellösung in Betracht zu ziehen. Die
SPD setzt sich nachdrücklich für den Erhalt
des ICE-Haltepunktes Bad Hersfeld ein.

45 Dieser wäre mit der Neubaustrecke nach-
drücklich gefährdet.

W/ Antrag 13*Ortsverein M-Allach-Untermenzing (Landesverband Bayern)**Ortsverein München Pasing (Landesverband Bayern)**Ortsverein M-Neuhausen (Landesverband Bayern)**Ortsverein M-Schwanthalerhöf (Landesverband Bayern)***Kommission: Aktiv gegen den Klimawandel**

Im Hinblick auf den dringenden Appell der Pariser Klimakonferenz richtet der Parteivorstand eine Kommission ein. Sie soll die bestmöglichen Maßnahmen aufzeigen, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C gegenüber dem Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Darüber hinaus soll sie Wege aufzeigen, wie diese erfolgreich auch gegen Widerstände erreicht werden können. Wir erwarten zudem, dass hierzu im Regierungsprogramm 2017 erste klare Positionen enthalten sind!

5

10

Kommission: Aktiv gegen den Klimawandel

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

W/ Antrag 14*02/12 Petersburger Kiez (Landesverband Berlin)***Keine Grundgesetzänderung zur Reform der Auftragsverwaltung Straße**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestags werden aufgefordert, die folgenden drei Punkte umzusetzen:

- 5 1. Eine Änderung des Grundgesetzes Art. 90 wird abgelehnt.
- 10 2. Für eine Reform der Auftragsverwaltung Straße sind gemeinsam mit den Ländern Vorschläge zu erarbeiten und umzusetzen. Basis sind die Arbeitsergebnisse der Bodewig-II-Kommission. Demnach erfolgt die Reform im System, nicht durch Systemwechsel. Jede Reform hat zudem in Abstimmung mit den gewählten Interessenvertretungen der Beschäftigten der Auftragsverwaltung Straße zu erfolgen.
- 15 3. Eine Privatisierung der Bundesfernstraßen wird abgelehnt, ebenso wie die Privatisierung von Finanzierung, Bau, Erhalt und Betrieb der Bundes-
- 20

Keine Grundgesetzänderung zur**Reform der Auftragsverwaltung Straße**

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

fernstraßen.

W/ Antrag 15

Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)

Wohlstandsgerechtigkeit

Die soziale Marktwirtschaft, in den Zeiten des Wirtschaftswachstums Garant für die Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen am Aufschwung, wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr durch eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik überlagert. Auch von der SPD mitgetragene und eingebrachte Gesetze, wie zum Beispiel die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Entkoppelung der Kapitalerträge von der Einkommenssteuer führten, gepaart mit einer niedrigen Erbschaftssteuer zu einer steigenden Ungleichverteilung von Vermögenswerten. Das Ausbildungsniveau und damit die späteren Einkommenschancen werden in Deutschland stärker als in anderen OECD-Staaten vom wirtschaftlichen Potential der Elterngeneration beeinflusst. Damit drohen immer mehr Menschen von der Teilhabe an wirtschaftlichen Aufschwüngen ausgeschlossen zu werden, während sie in Zeiten der Rezessionen und weiteren Krisen durch Sparmaßnahmen des Staates deutlich stärker betroffen sind, als die ökonomisch starken Gesellschaftsgruppen.

Deutschland weist damit, bei rein ökonomischer Sicht, eine doppelte Ungleichverteilung auf, sowohl bei den Einkommen, als auch bei den Vermögen wird der Unterschied zwischen Arm und Reich immer größer. So besitzen nach Angaben der OECD die 10 Prozent der vermögendsten Deutschen 60 Prozent des vorhandenen Vermögens. Die ärmsten 60 Prozent kommen demnach lediglich auf sechs Prozent des gesamten Vermögens. Bei den Einkommen ist die Ungleichverteilung seit 2007 unverändert groß. Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher verdie-

Wohlstandsgerechtigkeit

Überweisung an den nächsten Parteikonvent

nen in Deutschland 6,6-mal so viel wie die untersten zehn Prozent.

- 45 Mit einem Anteil von 39% aller abhängigen Beschäftigten prägen Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs auch weiterhin das Bild der deutschen Arbeitswelt. Diese Beschäftigten erwirtschaften den Wohlstand für alle anderen mit, ohne selbst einen gerechten Anteil daran zu haben. Hinsichtlich des Renteneintritts dieser Menschen, ist Altersarmut und damit ein weiterer wirtschaftlicher Abstieg vorprogrammiert.
- 50
- 55 Da wirtschaftliche Schwäche in Deutschland stets mit Ausgrenzung und einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe einhergeht, muss es Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein, für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen einzustehen. Es mag der Eigensinn sein der Gesellschaften wirtschaftlich vorantreibt, aber es ist der Gemeinsinn, der Gesellschaften zusammenhält. Wo ein privater Gemeinsinn nicht entsteht, weil Egoismus und Gier dies verhindern, ist der Staat gefordert regulierend, einzugreifen.
- 60
- 65 Verteilungsgerechtigkeit muss auf vielen Ebenen hergestellt werden und immer von Chancengleichheit im Bildungswesen und Berufsleben begleitet werden. Die Sozialdemokratie soll sich daher für gesetzliche Maßnahmen stark machen, die bestehende Ungleichheiten aufbrechen und eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in unserem Land ermöglichen. Dies erfordert auch mehr Transparenz unter anderem auch durch einen, neben dem Armutsbericht, einzufordernden Reichtumsbericht. Dazu geeignet sind:
- 70
- 75
- 80

1. Erhöhung des Spitzensteuersatzes

- 85 Der Spitzensteuersatz ist in den letzten 20 Jahren von verschiedenen Regierungen immer weiter gesenkt worden und liegt aktuell bei 42% für Einkommensteile über 53.000 €. Wir fordern, dass die Progression bei Einkommen über 53.000 € solange

- 90 verlängert wird bis ein Steuersatz von
mindestens 53% erreicht ist. Das würde
mehr Geld in den öffentlichen Haushalt
bringen und wäre eine deutlich sinnvollere
Maßnahme zur Konsolidierung des Bun-
95 deshaushaltes als ein starrköpfiges Fest-
halten an der sog. „schwarzen Null“.

2. Aufhebung des Ehegattensplittings

- Das Ehegattensplitting ist vollkommen
100 veraltet und fördert eine bestimmte Form
des Zusammenlebens, ohne dass die Ge-
sellschaft von dieser Form stärker profi-
tiert als von anderen Lebensgemeinschaf-
ten. Wir fordern deswegen die Abschaf-
105 fung des Ehegattensplittings. Eine fort-
schrittliche und gerechte Gesellschaft
muss individuelle Lebensentwürfe ermög-
lichen und darf das Modell der Ehe nicht
als reine Versorgungsinstitution zementie-
110 ren. Ebenso darf einer beruflichen Eman-
zipation von Menschen nichts im Wege
stehen. Das Ehegattensplitting erschwert
jedoch zahlreichen Frauen den Entschluss,
nach einer Heirat berufstätig zu bleiben.
115 Das Splittingverfahren im deutschen Ein-
kommenssteuerrecht verfestigt Lebens-
modelle, in denen eine Person von der
anderen materiell abhängig ist. Während
bei ledigen Partnerinnen und Partnern
120 jedes Einkommen steuerrechtlich getrennt
betrachtet wird und der Staat jedes Ein-
kommen für sich besteuert, werden bei
Ehegatten die Einkünfte addiert und durch
zwei geteilt. Für diejenige Person, die
125 mehr verdient als die andere Person in der
Ehe bedeutet dies, dass auf ihr Einkom-
men ein niedrigerer Steuersatz erhoben
wird, als es seiner Gehaltshöhe eigentlich
entspräche. Während Ehepartner, die bei-
130 de gleich viel verdienen, überhaupt nicht
davon profitieren, wächst der Vorteil je
größer der Einkommensunterschied zwi-
schen zwei verheirateten Personen ist.
Somit profitieren am meisten solche Ehen,
135 in denen eine Person ausgesprochen viel
verdient und die andere Person kein Ein-
kommen bezieht. Dies kann im Einzelfall

140 zu einer Steuerersparnis von mehreren
tausend Euro führen. Da dies steuerrecht-
lich ein enormer Anreiz zur sogenannten
Hausfrauen-Ehe ist, sind in den allermei-
sten Fällen Frauen von ihrem Ehepartner
abhängig.

145 Statt mit dem Ehegattensplitting an ei-
nem nicht mehr zeitgemäßen Partner-
schaftsmodell festzuhalten, sollten Haus-
halte und Partnerschaften mit einem hö-
heren Freibetrag je Kopf entlastet werden,
als dies bislang der Fall ist.

150

3. Einführung einer angemessenen Ver- mögenssteuer

Wir als SozialdemokratInnen sollten uns
dafür einsetzen, dass die Vermögenssteuer
155 wieder erhoben wird. Dafür bedarf es
eines verfassungskonformen Gesetzes.
Zweck der Vermögenssteuer ist es, das
Vermögen gerechter zu verteilen und star-
ke Schultern mehr zu belasten als Schwache.
160 60% des gesamten Vermögens befindet
sich in der Hand von weniger als 10%
der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für
eine progressive Vermögenssteuer von
mindestens 1%, bei einem Freibetrag von
165 mindestens 1.000.000 € ein.

4. Reform der Erbschaftssteuer

Die SPD muss darüber hinaus auch die
Erbschaftssteuer reformieren und wieder
170 einführen. Jährlich werden in Deutschland
riesige Vermögen vererbt, die jedoch nur
zu sehr geringen Einnahmen aus der Erb-
schaftssteuer führen. Die Erbschaftssteuer
macht nur einen kleinen Teil der Steuer-
175 einnahmen von Bund und Ländern aus,
wohingegen die Mehrwertsteuer und die
Lohn- und Einkommensteuer zusammen
mittlerweile zwei Drittel der gesamten
Steuereinnahmen ausmachen. Wir stre-
180 ben deshalb mindestens eine Vervierfa-
chung der Einnahmen aus der Erbschafts-
steuer an. Die Freibeträge sind dabei so zu
regeln, dass niemand um sein zu verer-
bendes Eigenheim bangen muss.

185

5. Kapitalerträge wie Erwerbseinkommen besteuern – Abgeltungssteuer abschaffen!

Die Abgeltungssteuer liegt derzeit bei 25 Prozent auf Kapitalgewinne. Profitieren davon hauptsächlich Spitzenverdiener, bei denen der Steuersatz bei der Einkommenssteuer höher liegt. Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht werden. Sozialdemokratische Steuerpolitik bedeutet für uns dass alle Einkommen gleich besteuert werden. Kapitaleinkünfte dürfen nicht besser gestellt werden als Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Eine bloße Erhöhung der Abgeltungssteuer reicht uns nicht aus!

6. Erhöhung des Mindestlohns

Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab und fordern die SPD Bundtagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für einen allgemeinverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme der Ausnahmeregelungen einzusetzen. Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Das vom Bundestag beschlossene Mindestlohngesetz ist nur noch ein Schatten dessen, was noch vor kurzem vollmundig versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken eines Mindestlohns.

Außerdem fordern wir eine Erhöhung des Mindestlohnes. 8,50€ waren ein Einstieg und haben gezeigt, dass der Mindestlohn keine negative Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Eher das Gegenteil ist der Fall. Doch von 8,50€ Stundenlohn kann niemand ein gutes Leben führen, deshalb muss der Mindestlohn noch in dieser Legislaturperiode deutlich erhöht werden. Mittelfristig muss der Mindestlohn eine Höhe erreichen, die nicht in Altersarmut

führt!

235

7. Erhöhung der Bildungschancen und sozialer Aufstieg

Um langfristig ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, muss gewährleistet werden, dass jede Person sich im Rahmen seiner Fähigkeiten entwickeln kann. Nicht die wirtschaftliche Stärke der Eltern, sondern die eigenen Fähigkeiten sollen über Bildungsabschlüsse und die damit verbunden beruflichen Aussichten entscheiden. Nur eine durchlässige Gesellschaft entspricht einer freien und chancengleichen Gesellschaft. Hier hat Deutschland nach Aussage der OECD deutlichen Nachholbedarf. Ein sozial gerechtes Bildungssystem ist das wichtigste Instrument um sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken. Denn zum einen ermöglicht es jungen Menschen Qualifikationen zu erlernen, die sie in der späteren Arbeitswelt brauchen, zum anderen ist es die Voraussetzung um emanzipierte und mündige Menschen zu erziehen. Ein Bildungssystem das systematisch Menschen die aus finanziell schwächeren Familien kommen benachteiligt oder gar ausschließt, ist ungerecht und untragbar. Bildung ist ein Menschenrecht und muss für alle Menschen zugänglich sein, egal ob frühkindliche Bildung oder Hochschule.

Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

Eine wirtschaftlich und damit sozial durchlässige Gesellschaft bietet jedem einzelnen nicht nur Anreize sondern auch handfeste Perspektiven. Ein sich Abschotten der Eliten schadet der ganzen Gesellschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Die SPD muss sich für eine Verteilungsgerechtigkeit und für eine Teilhabegerechtigkeit einsetzen!

240

245

250

255

260

265

270

275

280

